

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2014

**D I K T A T
U R U N D D
E M O K R A
T I E I M Z
E I T A L T
E R D E R E
X T R E M E**

**Diktatur und Demokratie
im Zeitalter der Extreme.**
Streiflichter auf die Geschichte
Europas im 20. Jahrhundert

Eine Ausstellung
präsentiert
vom Institut für Zeit-
geschichte, Deutschland-
radio Kultur und der
Bundesstiftung
Aufarbeitung

INSTITUT FÜR
ZEITGESCHICHTE
WERNER-ERBSTEIN DEUTSCHLANDRADIO KULTUR BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

Forschungsprojekt DDR-Zwangsarbeit

Machtkämpfe 1989/90

DDR-Flüchtlinge: Rentenunrecht

Dokumentiert

- 3 Schnelle Lösung für Heimfonds Ost gefordert
Wohnungsunternehmen ehrt Peter Fechter
Aus dem Koalitionsvertrag

Interview

- 4 DDR-Zwangsarbeit war Systemunrecht

Thema

- 6 Innere Machtkämpfe 1989/90, Teil 2

International

- 9 Das kleine Schulmädchen von Hessgut-Bern
Mitgliedschaft ausgesetzt

Dokumentiert

- 10 Positionspapier zum Rentenunrecht
12 Chance für neue Gemeinsamkeit

Berichte

- 13 Gedenkstätte Hoheneck tatsächlich in Sicht!
Nagelprobe der Demokratie
14 „Die Schuld der Vielen – Mitläufer gestern und heute“

Verbände

- 16 Suchanzeigen
Erinnerung
Neu erschienen
Ergänzung
17 Nachruf auf Manfred Fischer
Leserbrief

Service/Bücher

- 18 Flucht-Berichte
Erfahrungen eines Stasi-Häftlings
19 „Knastmauke“
Buchtip

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Die Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ greift die zentralen Themen des Erinnerungsjahres 2014 auf und wird bundesweit in ca. 3000 Exemplaren sowie international in zehn Sprachfassungen gezeigt. Herausgegeben von der Bundesstiftung Aufarbeitung, Deutschlandradio Kultur und dem Institut für Zeitgeschichte, kann die Ausstellung mit 26 Tafeln für eine Schutzgebühr von 50 Euro erworben werden.

Nicht nur Worte, Taten wollen wir sehen

Von Rainer Wagner

Die neugewählte schwarz-rote Bundesregierung beginnt ihre Tätigkeit in einem Jahr vielfältiger wichtiger Gedenktage. 2014 erinnert uns an Ereignisse von verheerender Wirkung, aber auch von heroischer und moralischer Größe.

1914, vor 100 Jahren, begann der Erste Weltkrieg. Mit ihm brachen viele der alten Ordnungen in Europa zusammen. Aus den Trümmern krochen die schlimmsten Tyraneien der Neuzeit: Der nationalsozialistische Hitlerstaat und der bolschewistische Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung. 1939, vor 75 Jahren, begann der Zweite Weltkrieg. Im Schatten dieses Krieges wütete der Holocaust. Aber auch die Zeit danach brachte schreckliche Exzesse, die größte „ethnischen Säuberung“, die Europa je erlebte, und eine über vierzigjährige kommunistische Gewaltherrschaft über einem Drittel der Menschheit. 1944, vor 70 Jahren, verübten die mutigen Männer um Stauffenberg, Moltke und Goerdeler ein Attentat auf Hitler. Sie lehnten sich offen gegen das nazistische Mörderregime auf und gaben ihr Leben zum Zeugnis für die Werte von Freiheit und Menschlichkeit und für die Ehre des besseren Deutschlands. 1989, vor 25 Jahren, brachte das Volk der DDR das morsche Gebäude des realexistierenden Sozialismus zum Einsturz. Über 40 Jahre Unterdrückung durch NKWD, SED und Stasi endeten in einer Revolution ohne Blutvergießen. Ein einmaliges Zeichen für die Kraft der Freiheit.

Aus all diesen und weiteren Anlässen werden Gedenkveranstaltungen, Kongresse und Symposien in unserem Land durchgeführt. Politiker und andere Persönlichkeiten der Gesellschaft werden wertvolle Gedanken und manche wichtigen Worte weitergeben. Und das ist gut so! Nur wenn Schlüsse aus der Geschichte gezogen werden, hat unsere Gesellschaft die Chance, künftig ähnliche Fehlentwicklungen zu verhindern. Als Opferverbände werden wir unseren Teil zur Geschichtsaufarbeitung leisten. Das sind wir uns selbst und der Gesellschaft schuldig.

Aber letztlich zählen nicht nur Worte und verinnerlichte Erkenntnisse, sondern deren Umsetzung im Hier und Jetzt:

Als vor über zwei Jahren die Frage der Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen erstmals stärker in die Öffentlichkeit trat, gingen die meisten betroffenen Westfirmen in Deckung. Das von der UOKG auf seine Haftung für die Zwangsarbeit angesprochene Bundesfinanzministerium, das über die Treuhand viele der betroffenen DDR-Betriebe vermarktet hatte, behauptete, keine Verantwortung übernehmen zu müssen. Es ist ein Armutszeugnis für unseren Rechtsstaat, wenn der DDR-Heimkinderfonds ausgeschöpft ist, bevor ein Großteil der Betroffenen entschädigt werden konnte. Ein ebensolches Armutszeugnis ist es, daß die Häftlingsrente mit 250 Euro weit unter dem Satz vergleichbarer Entschädigungen liegt. Und diese von Anfang an zu niedrige Summe verliert Jahr für Jahr durch den Kaufkraftschwund an Wert. Während die Linkspartei Millionen Euro an Wahlkampferstattung erhält, fehlen der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur derzeit anderthalb Million Euro zur Durchführung ihrer Aufgaben und für die Arbeit der Opferverbände.

Unsere Berater begegnen täglich Menschen, die in der DDR zersetzt, inhaftiert, enteignet und anderweitig schwer geschädigt wurden, die noch immer gesundheitlich und materiell unter den Folgen des Unrechtsregimes leiden. Gesundheit und entgangene Freiheit kann ihnen niemand zurückgeben. Aber finanzielle Ungerechtigkeiten können behoben werden. Wir fordern von den früheren Westfirmen, die von Zwangsarbeit in DDR-Zuchthäusern bewußt oder unbewußt profitiert haben, von den Nachfolgebetrieben der DDR-Zwangsarbeitsfirmen und der Bundesregierung, Verantwortung zu übernehmen und die Betroffenen zu entschädigen. Es genügt nicht, den Helden von 1989 Lobeshymnen zu singen. Den immer noch unter den Spätfolgen des SED-Terrors Leidenden muß Gerechtigkeit geschehen. Dafür werden wir kämpfen. Dafür sollte die Große Koalition, mit ihrer starken Mehrheit im Bundestag, jetzt eintreten. 

Schnelle Lösung für Heimfonds Ost gefordert

(uokg) Im Sommer 2012 war ein Hilfsfonds für ehemalige Heimkinder aus der DDR eingerichtet worden. Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG hatte dies begrüßt und sieht darin auch heute noch einen richtungsweisenden Schritt, notwendige Hilfen ohne unzumutbare bürokratische Hürden zu vergeben. Bereits während der Verhandlungen über die Einrichtung des Fonds sei jedoch von verschiedenen Gutachtern mehrfach darauf hingewiesen worden, daß angesichts der hohen Zahl Geschädigter eine Summe von 40 Millio-

nen Euro und die vorgesehene Zahl der Berater nicht ausreichen würden. Diese Voraussage habe sich in der Praxis bestätigt. Daß der Fonds sich bald erschöpfen werde, sei den Verantwortlichen spätestens seit August 2013 bekannt gewesen, sie hätten nicht gehandelt.

Ab Oktober 2013 sei für alle Heimkinder Ost ein überraschender Auszahlungsstopp verfügt worden, der bereits genehmigte Anträge betraf. Die Betroffenen hätten Wartezeiten hingenommen, weil sie weiter auf unbürokratische Hilfe vertrauten.

Nun werde ihre Geduld bei dem langen Warten offensichtlich bestraft. Die ohnehin in dieser Gruppe verbreitete Staatsverdrossenheit werde sich weiter verstärken, weil sie wiederum als Opfer zweiter Klasse eingestuft würden.

Die UOKG forderte die Bundesregierung auf, ihre im Koalitionsvertrag gegebene Zusage, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Fonds sicherzustellen, in der Weise einzuhalten, daß die ursprünglichen Rahmenbedingungen umgehend wieder hergestellt und möglichst verbessert werden. 

Wohnungsunternehmen ehrt Peter Fechter

(gb) Anlässlich seines 70. Geburtstages am 14. Januar 2014 ehrte das Berliner Wohnungsunternehmen Gesobau Maueropfer Peter Fechter mit einer Gedenktafel an dessen Geburtshaus. Die Initiative für die Gedenktafel kam aus den Reihen der Gesobau-Mitarbeiter, für die das Wohnhaus Behaimstraße 11 in Berlin-Weißensee nicht nur ein verwaltetes Haus, sondern eng mit dem Schicksal Peter Fechters und der deutschen Teilung verknüpft ist.

An der feierlichen Enthüllung der neuen Berliner Gedenktafel nahmen u.a. Dr. Maria Nooke, stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer, Anita Goßler, Vorstandsmitglied der UOKG, und Gisela Geue, die Schwester Peter Fechters teil. 

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 15. und 22. Februar sowie am 1., 8. und 15. März, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Neujahrsempfang



Am 9. Januar 2014 war der Vorsitzende des Dachverbandes der SED-Opfer UOKG wieder zum Neujahrsempfang des Bundespräsidenten Joachim Gauck geladen. Rainer Wagner (m.) sprach bei dieser Gelegenheit u.a. das Problem der Entschädigung ehemaliger DDR-Haftzwangsarbeiter an.

Aus dem Koalitionsvertrag

Umgang mit SED-Unrecht

Die monatlichen Zuwendungen für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR (SED-Opferrente) erhöhen wir. Für SED-Opfer, die haftbedingte Gesundheitsschäden erlitten haben und deshalb Versorgungsleistungen beantragen, werden wir gemeinsam mit den Ländern die medizinische Begutachtung verbessern.

Die Koalition wird eine Expertenkommission einsetzen, die bis zur Mitte der Legislaturperiode Vorschläge erarbeitet, wie und in welcher Form die aus dem Stasi-Unterlagengesetz (StUG) resultierenden Aufgaben des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) fortgeführt werden und wann das geschieht.

Die Koalition wird die Fortführung des Pilot-Projektes „Virtuelle Rekonstruktion vorvernehmter Stasi-Akten“ sicherstellen.

Gedenken und Erinnern

Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau wird in die institutionelle Förderung des Bundes aufgenommen.

Das im Gedenkstättenkonzept enthaltene Themenfeld Opposition und Widerstand setzt die Koalition unter anderem um, indem das von der Robert-Havemann-Gesellschaft bewahrte Archiv der DDR-Opposition und die Open-Air-Ausstellung „Friedliche Revolution 1989“ dauerhaft gesichert werden.

Die Koalition unterstützt das Vorhaben, die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg künftig als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand zu nutzen und fortzuentwickeln. Sie unterstützt auch den Umzug des Alliierten-Museums an den ehemaligen Flughafen Berlin Tempelhof.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir u. a. den 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, 25 Jahre Mauerfall und Deutsche Einheit, das Gedenken an 70 Jahre Befreiung der Konzentrationslager, Ende des Zweiten Weltkrieges und 80 Jahre „Nürnberger Gesetze“ angemessen begehen.

Die Koalition wird die Arbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziell stabilisieren.

DDR-Zwangsarbeit war Systemunrecht

Ein Gespräch mit Dr. Christian Sachse,
Leiter des UOKG-Forschungsprojekts „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR 1945–1990“



Christian Sachse: „Diese Menschenverachtung war schon überraschend.“

stacheldraht: Ihr Projekt, das am 1. März 2013 begann, wurde von Ikea finanziert, einem Unternehmen, das selbst von Zwangsarbeit in der DDR profitierte. Wie konnte da die Unabhängigkeit der Forschung garantiert werden?

Sachse: Ikea hat uns zugesagt, keinen Einfluß zu nehmen. Außerdem forschen wir über vieles, was diese Firma nicht betrifft. Vor allem aber hat uns Ikea vorher die Gelder als zweckgebundene Spende komplett überwiesen, so daß wir unabhängig forschen konnten, wie wir es für richtig hielten.

stacheldraht: Was war das Ziel Ihrer Untersuchung?

Sachse: Es geht vor allem darum, die wirtschaftliche Ausbeutung der Gefangenen als System zu verstehen und nachzuweisen. Es war ein System der Ausbeutung, das zentral gesteuert wurde, und zwar vom Ansatz her seit den 50er Jahren. Später hat man es mehr und mehr perfektioniert. Dieses System berechtigt auch, bei den einzelnen Betrieben zu hinterfragen, inwieweit sie profitiert haben. Nicht zu leisten war die Erforschung der einzelnen Haftstätten, das ist eine Aufgabe, würde ich denken, für die nächsten 20 Jahre.

stacheldraht: Hat es auf dem Gebiet der SBZ auch vor 1949 Zwangsarbeit gegeben?

Sachse: Es gab Arbeitslager für Jugendliche und für Erwachsene, die keine gesetzliche Grundlage hatten und die ich als „wilde Lager“ bezeichne. Erforscht sind sie zur Zeit für Sachsen. Es ist aber davon auszugehen, daß es auch in anderen Ländern der SBZ so etwas gab. Die Lager waren nach sowjetischem Vorbild organisiert.

stacheldraht: Neben der Zwangsarbeit von Gefangenen gab es in der DDR zehntausendfach die sogenannte Bewährung in der Produktion ohne Inhaftierung, eine politische Disziplinierungsmaßnahme unter meist besonders schweren Arbeitsbedingungen.

Sachse: Dieses Thema ist noch offen, aber es wäre ein sehr interessantes Feld.

stacheldraht: Nach den Maßstäben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO gibt es auch erlaubte Zwangsarbeit. Wo verlaufen die Grenzen zur unerlaubten?

Sachse: Zwangsarbeit generell ist nach internationalem Recht bis heute erlaubt. Auch dem Grundgesetz nach ist sie zulässig für gerichtlich zu Freiheitsstrafen Verurteilte. Die Grenzen hat die ILO in zwei Übereinkünften gezogen. In den 30er Jahren mit Übereinkunft 29, dort war das Ziel, private Zwangsarbeit zu unterbinden, vor allem in den Kolonien. Übereinkunft 105 vom 17. Januar 1957 richtete sich vorwiegend gegen die totalitären Staaten im Osten. Es wurde verboten, Zwangsarbeit einzusetzen als Mittel politischen Zwanges oder politischer Erziehung, als Strafe für politische Ansichten oder als Arbeitsdisziplinierung. Ebenfalls verboten wurde Zwangsarbeit zum Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung.

stacheldraht: Konnten Sie nachweisen, daß in der DDR diese Grenzen überschritten wurden?

Sachse: Ja, das läßt sich eindeutig sagen. Die ILO-Konventionen zur Zwangsarbeit wurden systematisch verletzt, das gehörte zum politischen Konzept. Deshalb muß die Zwangsarbeit in der DDR als Systemunrecht bezeichnet werden.

stacheldraht: Was war das Hauptziel der Zwangsarbeit in der DDR?

Sachse: Es sind zwei Komponenten, die miteinander korrespondieren. Zwangsarbeit diente der sozialen und politischen Disziplinierung und der Repression. Gleichrangig war die wirtschaftliche Ausbeutung. 1965 z. B., nach dem 11. Plenum, auf dem neue Disziplinierungsmaßnahmen für Jugendliche und junge Leute beschlossen wurden, schnellte die Zahl der jungen

Inhaftierten enorm in die Höhe. Auf der anderen Seite gibt es immer wieder die wirtschaftliche Verplanung von Strafgefangenen für bestimmte Schwerpunktbereiche – Braunkohle, Kupferbergbau, chemische Industrie – wo Arbeitskräfte fehlten und die Kontingente mit Strafgefangenen aufgefüllt wurden.

stacheldraht: War das System von Anfang an zentral, also staatlich organisiert?

Sachse: Ab Anfang der 50er Jahre auf jeden Fall. Pläne dafür gibt es tatsächlich schon im ersten Zweijahresplan, 1949/50. Da wurde bereits davon gesprochen, die Strafgefangenen in das wirtschaftliche System einzubinden. Es gab Vorstellungen, das sowjetische Lagersystem zu kopieren. Die Errichtung einer regelrechten Gefängnisindustrie erwies sich wegen des organisatorischen Aufwands allerdings als nicht durchführbar.

stacheldraht: Was unterschied die Bedingungen von Zwangsarbeitern und zivilen Arbeitern im selben betrieblichen Bereich?

Sachse: Das muß man an Beispielen erklären. In Bitterfeld gab es drei Chlorfabriken. In Nr. 1 und 3 wurde ein völlig veraltetes Verfahren angewandt, das diese Quecksilbervergiftungen erzeugte, unten denen eine ganze Reihe von Häftlingen litt. Es gab da auch zwei Todesfälle. Dort hat kein einziger ziviler Arbeiter gearbeitet. Man fand nicht einmal Aufsichtspersonal dafür, obwohl man den Leuten 2000 DDR-Mark Lohn anbot. Im Kupfer- und Kohlebergbau z. B. waren Arbeitsplätze und Bedingungen dieselben. Aber die Strafgefangenen hatten im Gegensatz zu erfahrenen Bergleuten keine Ausbildung für den Bergbau. Das bedeutete, für sie war das Gefahrenpotential ungleich höher. Auch dort gab es Todesfälle und schwere Unfälle bei den Gefangenen. Außerdem konnten sich zivile Arbeiter bei besonders unzumutbaren Bedingungen weigern, an einer bestimmten Maschine zu arbeiten. Strafgefangene konnten das nicht.

stacheldraht: Sind Sie auch zu Untersuchungsergebnissen gekommen, die für Sie unerwartet waren?

Sachse: Ich habe die Härte des Umgangs und diesen Zynismus so nicht erwartet. In

den 50er Jahren wurden Arbeitsverweigerer nach Schneeberg geschickt, ganz offensichtlich, weil sie dort besonders vielen Unfällen ausgesetzt waren. Ein Gefängnisdirektor hat dann auf eigene Faust Häftlinge entlassen, weil sie so schwer geschädigt waren, daß ihr Tod bevorstand. Er wollte die Statistik nicht damit belasten. Im Kupferbergbau gab es so hohe Todesraten, daß selbst die sowjetische Besatzungsmacht eine Untersuchung für angemessen hielt. In Bitterfeld wurden Gefangenen, die Quecksilberdämpfen ausgesetzt waren, die Untersuchungen verweigert, um sie länger an diesen Arbeitsstellen einsetzen zu können. Diese Menschenverachtung war schon überraschend.

stacheldraht: Konnten Nachweise erbracht werden, daß die DDR-Firmen wußten, wer ihre Produkte herstellt?

Sachse: Für diese Betriebe gibt es überhaupt kein Problem, die wußten wirklich Bescheid. Betriebsdirektoren, Kombinatdirektoren haben sogar die Initiative ergriffen und für diese und jene Abteilung Strafgefangenen-Kontingente bei der Verwaltung Strafvollzug beantragt. Und wenn sie die nicht bekamen, haben sie im Namen der Planerfüllung dagegen protestiert. Die Betriebe haben angeboten, Bewacher abzustellen, die Einkleidung vorzunehmen und die Lager zu bauen.

stacheldraht: Die Zahlen, das Bestellsystem, das Handeln mit Menschen und ihrer Arbeit, dieses kalte Effizienzverhalten erinnert an die Diktatur davor.

Sachse: Ja, es gibt ein Papier, das ich zweimal in den Akten gefunden habe, wo jemand vorschlägt, sich die Organisation Todt als Vorbild zum Aufbau eines Lagersystems zu nehmen. Das wurde dann nicht der Masterplan, deshalb darf man es nicht überbewerten, aber es zeigt doch, daß man überhaupt keine Berührungängste hatte.

stacheldraht: Gibt es Belege dafür, daß West-Firmen wußten, wer ihre Produkte herstellte?

Sachse: Mit ziemlicher Sicherheit wurden die westlichen Handelspartner möglichst weit weg von den Originalbetrieben gehalten. Auch wenn bei der Produktion etwas schief lief, wurde offensichtlich abgeblockt, daß die Partner aus dem Westen in die Produktionsstätten hineinkamen. Aber es gibt auch Ausnahmen. Häftlinge berichten, daß bei bestimmten Lieferschwierigkeiten Lastwagen aus dem Westen direkt nach Hoheneck gekommen sind. Auch be-

stimmte Lizenzmaschinen mußten manchmal von Mechanikern aus dem Westen gewartet werden.

stacheldraht: Was hätten West-Firmen denn wissen können?

Sachse: Etwas herauszufinden, hätte schon einen erheblichen Rechercheaufwand bedeutet. Aber es gab ja Berichte von amnesty international in den 60er Jahren und dann die Publikation der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte über Zwangsarbeit von DDR-Gefangenen. Wenn man versucht hätte, genauer zu recherchieren, dann hätte man auch zu Ergebnissen kommen können. Eigene Erhebungen wären durchaus möglich gewesen.

stacheldraht: Welchen Gewinn hatten DDR-Betriebe, wenn sie Strafgefangene einsetzten?

Sachse: Formal zunächst keinen, denn sie mußten den Tariflohn an den Strafvollzug zahlen. Aber sie haben natürlich die Häftlinge in die unterste Lohngruppe einsortiert, einem zivilen Arbeiter hätten sie für die gleiche Tätigkeit viel mehr zahlen müssen. Ein weiterer Gewinn war, daß sie auf eigentlich notwendige Investitionen verzichten konnten.

stacheldraht: Was sollte nach Ihren bisherigen Forschungsergebnissen entschädigt werden?

Sachse: Zunächst einmal müßten die Gesundheitsschäden überprüft werden. Bei Unfällen oder Berufserkrankungen hatten die Häftlinge überhaupt keine Rechte. Die Berichte wurden in der Regel so gehalten, daß der Strafgefangene selbst Schuld hatte. An den Verordnungen kann man nachweisen, daß möglichst viel auf die Gefangenen abgewälzt worden ist. Eine Mindestforderung wäre die Erstattung des Nettoverdienstes entsprechend der Lohngruppe ziviler Arbeiter und der Erhalt von Rentenpunkten entsprechend dem Verdienst der zivilen Arbeiter, ebenso ein Ausgleich ent-

gangener Sozialleistungen im Krankheitsfall für Angehörige. Und rehabilitierten ehemaligen Häftlingen sollte ein Anteil an den geschaffenen Werten zurückerstattet werden.

stacheldraht: Läßt sich denn genau dokumentieren, wer wann was wo gearbeitet hat?

Sachse: Ich sehe nicht, wie man diese Differenzierungen heute noch machen könnte. Nur wenige Einzelfälle sind wirklich rekonstruierbar. Eine pauschale Regelung wäre deshalb wahrscheinlich angemessen.

stacheldraht: Und wer sollte bei Entschädigungszahlen in die Pflicht genommen werden?

Sachse: Das ist eine Sache der Verhandlung. Es sollte zu einer freiwilligen Vereinbarung zwischen Wirtschaft und Politik kommen. Anders scheint sich das nicht lösen zu lassen. Da muß noch viel politisch verhandelt werden.

stacheldraht: Gibt es eine besonders wichtige Erkenntnis, die Sie bei der Arbeit an diesem Projekt gewonnen haben?

Sachse: Ja, es ist deutlich geworden, daß dieses Projekt nur der Start ist. Es handelt sich bei dem Thema um ein so großes Feld, daß man sich nur verzweifelt fragen kann, weshalb es so lange nicht im Fokus der Öffentlichkeit stand. Die Untersuchung hat also erst begonnen. Wir haben es nicht hinter uns, wir haben es jetzt vor uns.

stacheldraht: Vielen Dank, Herr Dr. Sachse. 

Was die Gefangenen erhielten					
Vollzug	Eigen- Nettolohn	verbrauch	Rücklage	Familien- unter- stützung	Ein- behalten
Erleichtert	320	28,8	4,8	52	234,40
Allgemein	320	24	4	52	240
Streng	320	19,2	3,2	52	268,60

CS20131026-S.20

Beispiel für die Aufteilung des Nettolohns von Strafgefangenen. Die letzte Spalte zeigt, wieviel der Strafvollzug als „Haftkostenbeitrag“ einbehält. Quelle: Ch. Sachse

Innere Machtkämpfe

Die (Selbst-)Auflösung des MfS/AfNS

Von Reinhard Dobrinski (Teil 2)

Es ist davon auszugehen, daß ab Februar 1990 mit Wissen und Billigung aller Beteiligten die Aktenvernichtung auf breiter Basis unter Einsatz effizienterer Lösungen noch forciert wurde. Zweifelsfreier Beleg dafür sind Protokolle über Sitzungen des Arbeitsstabes zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS). Diesem Gremium gehörten der Vertreter des Beauftragten des Ministerpräsidenten der DDR, Herr Sommer, der Leiter des Arbeitsstabes zur Auflösung

Die vorgenannten Protokolle lassen eine sichere Aussage dahingehend zu, daß Konsens nicht nur bei der Vernichtung der HVA-Datenträger, sondern auch der etwa 100 Lkw-Ladungen umfassenden Funksprüche der Hauptabteilung III (HA III) sowie der Fahndungsunterlagen und der Unterlagen zum Grenzregime der HA VI bestand. Bezüglich der Aktenberge der HA VI ist jedoch davon auszugehen, daß das Bürgerkomitee Normannenstraße durch die schnelle Einbindung der etwa

Zusätzlich zur Verkollerung bot sich das Verbrennen in Großfeuerungsanlagen (Objekt Biesenthal, Bernau) als einzige Alternative an. Der Vollzug eines Vorschlags des Eichhorn-Komitees – wegen nur geringer Versiegelungskosten von 7000 DM als besonders wirtschaftlich gepriesen –, Akten in Schachtanlagen zu kippen, ist nicht sicher belegt. Hier darf eine Antwort von den Vertretern des Eichhorn- und Bürgerkomitees noch erwartet werden. Erwähnenswert auch, daß einige Dienstseinheiten Eigeninitiativen entwickelten und Schriftgut auf Mülldeponien entsorgten. In Biesenthal fiel dies einer aufmerksamen Pfarrerstochter auf, die es dem Bürgerkomitee meldete und so eine teilweise Bergung der aus dem HVA-Objekt Dahlwitz-Hoppegarten stammenden Akten sichern half. Die tatsächlichen Dimensionen der Entsorgung von Herrschaftswissen werden sich für immer der historischen Forschung entziehen.

Bisher nicht beleuchtet ist die im wesentlichen unkontrollierte Verfügungsmacht über die materiellen und finanziellen Fonds des MfS/AfNS. Die Folgen der unbehelligten Ausübung der Finanzhoheit durch MfS-Offiziere des Stabes Engelhardt bis zum 31.3.1990 (danach im Eichhorn-Komitee) und die Duldung und Begünstigung des kriminellen Zugriffs auf MfS-Vermögen können hier nur in Ansätzen veranschaulicht werden. Die Bandbreite des Zugriffs auf das Volkseigentum unter den Augen der Runden Tische, der Bürgerkomitees und autorisierten Gruppen wird dennoch sichtbar.

Vor diesem Hintergrund ist allerdings davon auszugehen, daß die Besetzungen der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit (BVfS) in Leipzig, Erfurt und Suhl bereits am 4. Dezember 1989 das Planspiel Modrows zur Eindämmung der Volksbewegung durchkreuzten. Das Gesetz des Handelns lag nämlich in diesen Bezirksstädten, getragen durch Massendemonstrationen, in den Händen von aus dem kirchlichen Raum heraus unterstützten Bürgerkomitees und -initiativen. Erst nach und nach konnte deren Wirken in sogenannte „Sicherheitspartnerschaften“ eingebunden werden. Im Gegensatz dazu folgten die Besetzungen der BVfS in Halle am 5. Dezember und der Kreisdienststellen (KD) Bernburg und Eisleben offensichtlich zentralen Regievorgaben. Angeführt von Militärstaatsanwälten, traten hier zehn Angehörige der Kriminalpolizei und Bürger dem Leiter der BVfS gegenüber und vollzogen die Versiegelung der Diensträume. Erst Tage später bildete sich dort, wie nach

zu 3.
Herr Wolf:
Anfrage bzgl. HVA; Diestel hat in einem Spiegel-Interview erklärt, diese würde Herrn Eppelmann unterstehen.
Herr Braun: Das kann nicht sein. Ich nehme an, daß die Verwaltung Aufklärung beim Ministerium für Nationale Verteidigung gemeint ist.
Herr Wolf: zur VI liegt noch kein Auskunftsbericht vor, hat auch gehört, daß es in der VI Auslandsobjekte gab, bittet um eine Erstellung der Liste.
Herr Braun: Die VI sollte zu den Grenztruppen gehen, deshalb wurde auch relativ spät mit der Auflösung begonnen. Die Kräfte, die noch da sind, sind nicht in der Lage einen Auskunftsbericht zu erstellen. Es gibt einen Zwischenbericht der VI über den Stand der Beräumung, dieser ist gestern eingegangen. Des Weiteren gab es Operativgruppen zeitweilig im Ausland, diese hatten aber keine eigenständigen Objekte. Diese Operativgruppen sind zurückgezogen worden. Es gibt keine MA der VI bzw. II im sozialistischen Ausland.

Abb. 1: Der Auskunftsbericht fällt aus.

des AfNS (ab 1.4.1990 Beratergruppe „Engelhardt“), Heinz Engelhardt, und seine Stellvertreter, Vertreter der AG Sicherheit des Zentralen Runden Tisches (ZRT), der Koordinator des Bürgerkomitees Normannenstraße, David Gill, sowie Leiter der Arbeitsgruppen, Vertreter des Ministeriums für Innere Angelegenheiten (MfIA), der Staatsanwaltschaft (zeitweilig) sowie Vertreter der Evangelischen und Katholischen Kirche Berlin-Lichtenbergs an. Ab 6. Februar 1990 kam das Komitee zur Auflösung des AfNS (im weiteren Eichhorn-Komitee genannt), als Institution des DDR-Staatsapparates, hinzu.

Nach Protokoll-Lage standen für die Vernichtung der nicht „archivwürdigen“ Massen an Schriftgut leistungsfähige Häcksler – deren Kapazität durch Zukäufe des Eichhorn-Komitees aufgestockt werden mußte –, die im MfS hochgeschätzten Verkollerungsanlagen zur mechanischen Zerkleinerung von Akten unter Zusatz von Wasser (Endprodukt ist ein Papierbrei, der bei Austrocknung eine feste Masse bildet), Anlagen zum Granulieren (Sicherheitsverfilmungen) und zur chemischen Vernichtung zur Verfügung.

8000 Mitarbeiter des MfS-Grenzdienstes (Großmann/Schwannitz: Fragen an das MfS, edition ost 2010, S. 139) in die DDR-Grenztruppen über relevante Aktenbestände und Informationen vorsätzlich desinformiert wurde. Galt es doch, u.a. auch die Anlagen im Bereich der Paßkontrolleinheiten (PKE) zur Durchleuchtung von Kraftfahrzeugen im Transitverkehr unter Einsatz von Cs-137-Strahlenquellen unter Wahrung der Konspiration zu entsorgen.

Und es gelang. Hier tritt zutage, wie der Abbau der Cs-137-Anlagen vorbei an den Bürgerkomitees und der Öffentlichkeit erfolgen konnte. Nach dem Protokoll der Beratung des Arbeitsstabes zur Auflösung des AfNS vom 24.4.1990 meldete sich Edgar Braun diesbezüglich zu Wort (Abb.1). Er führte aus, daß die HA VI von den Grenztruppen übernommen wurde und die noch vorhandenen Mitarbeiter wegen fehlender Kenntnisse keinen Auskunftsbericht geben könnten. Die Frage nach der Archivierung der Akten erübrige sich, weil es um Fahndungsprotokolle gehe und diese abgeschlossen seien. Nichtssagende und auf Verschleierung gerichtete Anmerkungen auch zu den im sozialistischen Ausland tätigen Mitarbeitern der HA VI, die Republikfluchten über Landgrenzen oder Flug- und Seehäfen verhindern sollten.

Mit der Entscheidung zur Vernichtung der Funksprüche der HA III brachen alle Dämme – die Leistungsgrenzen der verfügbaren Anlagen waren ausgeschöpft.

einem Gespräch zwischen Schnur und Schwanitz am 4. Dezember vorgesehen, unter Regie der Militärstaatsanwaltschaft eine „autorisierte Gruppe“.

Die Vorgänge um die Besetzung der BVFS Leipzig heben sich deutlich von den übrigen BVFS ab. Offensichtlich konnte Wolfgang Schnur, der am 4. Dezember nach Gesprächen mit Wolfgang Schwanitz und hochrangigen Funktionsträgern des Modrow-Apparates sofort von Berlin nach Leipzig aufgebrochen war, die ihm zugedachte Rolle zur Trockenlegung der revolutionären Bewegung nicht mehr spielen. DDR-weit jedoch dominierten den weiteren Verlauf der Auflösung des MfS/AfNS die von Schwanitz initiierte Bildung von „autorisierten Gruppen“ und Vereinbarungen von „Sicherheitspartnerschaften“ zwischen diesen und den (Militär-)Staatsanwaltschaften, dem MfS/AfNS sowie MfIA/Volkspolizei. ADN-Meldungen und Medienberichte trugen dazu bei, daß die Schnur-Version des „Keine Gewalt“ fortan zum Standardwortschatz wurde, vom Zentralen Runden Tisch (ZRT) bis in die Protokolle der MfS/AfNS-Auflösungskontrolleure hinein. Vieles spricht dafür, daß der „zufällige“ Besuch Schnurs und der ihn begleitenden Bürgerrechtler bei Schwanitz eine Scheinaudienz war, die dem Verschleiern der wahren Urheberchaft dieser „friedensstiftenden“ Formel diene und den sich verschärfenden Druck von SED/MfS/AfNS nehmen sollte.

Alles deutet darauf hin, daß dies mit Blick auf die Zusammenkunft des ZRT vorausschauende Handlungen waren, um unter dem Mäntelchen einer Neuformierung des MfS zu einem Verfassungsschutz und Nachrichtendienst den Segen zu erhalten. Galt es doch, im MfS selbst eine prekäre Situation infolge Autoritätsverfalls unter Kontrolle zu bekommen. Für den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung des MfS, Rolf Scheffel, waren die Schnur-Vorschläge so wichtig, daß er sie in seinen Ausführungen am 4.12.1989 als wichtige Übereinkunft adelte. Dieses Referat, das offensichtlich der ideologischen Ausrüstung der Delegierten für den einberufenen SED-Sonderparteitag diene, liefert Hinweise auf die Brüchigkeit der militärischen Disziplin im MfS und damit auf die von Markus Wolf bereits im Oktober 1989 erwähnten Probleme innerhalb der Sicherheitsorgane der DDR (Bericht des IMB „Hagen“).

In Leipzig allerdings liefen die Ereignisse für das MfS völlig aus dem Ruder. Das

„Wende-Tage-Buch“ von Martin Naumann zeigt, daß das Bürgerkomitee Leipzig die Führungsfrage zur Kontrolle der Auflösung der BVFS Leipzig am 4. Dezember entgegen dem Schnur-Schwanitz-Reglement zu seinen Gunsten zu entscheiden vermochte. Auf dem Weg von Berlin nach Leipzig haben 150 000 Demonstrationsteilnehmer Schnur wahrscheinlich in Zeitnot gebracht. Seine Ankunft in Leipzig ist bei Naumann (S. 72) wie folgt festgehalten: „Laut wird gerufen: Laßt die Presse rein. Von innen erscheint ein Megaphon, die Menge wird aufgefordert, den Rechtsanwalt Schnur hineinzulassen. Schon drängt sich ein kleiner Mann voller Energie durch die Massen, das Tor öffnet sich einen Spalt und verschlingt den Anwalt.“ Ein Foto von der Pressekonferenz des BVFS-Chefs Hummitzsch, Hausherr der „Runden Ecke“, zeigt Wolfgang Schnur in der buchstäblich letzten Reihe und mit dem Rücken zur Wand – auf verlorenem Posten. Die Situation dort findet ihren Höhepunkt in wenigen unmißverständlichen Worten eines jungen Mannes, der über sich hinausgewachsen scheint, gegenüber dem Hausherrn: „Ab morgen gehört Ihnen das alte Gebäude nicht mehr...“

Ganz anders – und für die Analyse der damaligen Vorgänge bei der Auflösung des MfS/AfNS von genereller Bedeutung – das Vorgehen in Halle und Gera nur 24 Stunden später. Das Geschehen in Halle am 5./6. Dezember entsprang wohl der „Revolutionsprogrammierung“ der obsiegenden Kräfte im SED-internen Machtkampf. Zwei Protokolle vom 6./7.12.1989 der Militärstaatsanwaltschaft dokumentieren den Ablauf.

Sechs Staatsanwälte, unter Leitung des Militärstaatsanwalts (MStA) Wolf, begleitet von zehn Kriminalisten der Bezirksbehörde der VP Halle und 15 Angehörigen des Neuen Forums/Bürgern traten dem BVFS-Leiter Halle, Generalmajor Schmidt, gegenüber. Nach den oben erwähnten Protokollen wurden gemäß §§ 29

und 30 Staatsanwaltschaftsgesetz (StAG)

Sicherungsmaßnahmen wegen des Verdachts strafbarer Handlungen vollzogen. Für Schmidt kamen die Gäste scheinbar nicht unerwartet: Beinahe selbstverständlich nahm er die Versiegelung der Diensträume hin. Die Protokolle, die MStA Wolf laufend fertigt und die von Dr. E., Mitglied des Neuen Forums Halle, mitgezeichnet werden, belegen, daß der friedlichen Revolution hier Bahn durch das DDR-Staatsanwaltschaftsgesetz gebrochen wurde – ein Kuriosum.

Aus meiner Sicht erlangen diese Protokolle besondere Bedeutung, weil sie Hinweise auf eine zentrale Regie der MfS/AfNS-Auflösung liefern, die dem MfS/AfNS die unangefochten notwendigen „revolutionsfreien“ Räume schufen. Handlungsmuster, denen selbst sechs Wochen später nach dem vermeintlichen Sturm auf die Stasizentrale Normannenstraße durch das Bürgerkomitee Berlin gefolgt wird, werden hier als fremde Saat erkennbar. Ein zufälliges(?) Versäumnis bei der Besetzung liefert Schmidt die Gelegenheit, seinen bedingungslosen Gehorsam gegenüber den neuen Befehlsgebern unter Beweis zu stellen. Gleich nach Abzug der Staatsanwälte und deren Gefolgschaft stellt er nämlich fest, daß im Gebäude 80 bei der Versiegelung Räume vergessen wurden und erstattet unverzüglich Meldung. Abgesehen davon, daß noch im Februar 1990 weitere Räume nachversiegelt werden mußten.

Die Vorgänge in Halle zeigen in Verbindung mit den von AfNS-Chef Wolfgang Schwanitz am 5.12.1989 gekabelten



1. Linie Geheimdienste

Umfang: 123 Ordner (ca. 7,50 m)
2 Karteischränke A 4 = 7 Kübel

Sachgebiete

1. USA-Geheimdienste

- 1.1 NSRL (Aufklärungsschwerpunkte weltweit)
- 1.2 Dokumente und Dokumentation Spionage gegen DDR
- 1.3 NSA-Dokumente
- 1.4 ELOFA-Objekte ERD/WB
- 1.5 MI/INSCOM-Studien
- 1.6 SIGINT-Material
- 1.7 div. Materialien/Dossiers

Abb. 2: Schätzungen kommen auf ca. 4,5 km Gesamtkartenbestand der HVA. Zum erhalten gebliebenen Rest von ca. 45 m gehören auch Aufklärungsakten über die NSA.

Weisungen, daß das Lagebild in der Normannenstraße die tatsächlichen Verläufe nicht mehr erfaßte. Formulierungen des Fernschreibens belegen Unkenntnis von Maßnahmen der Staatsanwaltschaft und der Volkspolizei: „In fast allen BfS und KäfS haben Bürger versucht, in die Gebäude und Räume einzudringen, um die Vernichtung und den Transport von Dokumenten zu verhindern. In einigen Dienststellen des AfNS mußte auf die Forderungen nach Betreten und Besichtigungen sowie damit im Zusammenhang auf Versiegelung von Räumen und

Die Frage, ob sich die Runden Tische, die autorisierten Gruppen und Bürgerkomitees ungewollt in einen „Notstandsplan“ des sich als fürsorglichen Landesvater gebärdenden Modrow und der ihn umgebenden Partei- und Generals-Clique haben einbinden lassen, bietet vor diesem Hintergrund Denksätzen in allen Richtungen Raum. Feststehen dürfte, daß die Einbindung der friedlichen Revolution in die Willensbildung der Modrow-Regierung über Ministerratsbeschlüsse und Entscheidungen der Runden Tische gelang. Zusätzliche Sicher-

Nur wenige in den Arbeitsgruppen Sicherheit des Runden Tisches und des Bürgerkomitees durchschauten dieses ausgeklügelte Räderwerk. Die in ihren Ämtern belassenen Generäle mimten nach außen ihre vorbehaltlose Mitwirkung an der (ihrer!) „Wende“. Sie selbst werden am meisten überrascht gewesen sein, daß niemand daran Anstoß genommen hat, die Auflösung des MfS/AfNS in ihren Händen zu belassen. Mit ihrer immer wieder vorgebrachten Besorgnis wegen drohender Lynchjustiz und Bürgerkrieg verliehen sie sich das Image, nunmehr „Schild und Schwert“ des Volkes zu sein. Noch 1992 fürchteten diese Generäle, daß Mord und Totschlag das Land bedrohe. Die Erfüllung des Klassenauftrags blieb jedoch bis zuletzt tschekistische Ehrensache.

Einsatzbereitschaft und Disziplin der ehemaligen MA waren geprägt von einem unbedingten Quellenschutz, sind der Auffassung, daß aus persönlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Interessen die Vernichtung der Kartellen und Akten erforderlich ist, Mißbrauch kann nur ausgeschlossen werden, wenn diese nicht mehr existieren. Abschließend einige zusammenfassende Gedanken zur Arbeit des ehem. AfNS. Möchte hervorheben, daß zur Bilanz der Tätigkeit des ehem. MfS/AfNS u. a. auch gehört die Enttarnung von mehr als 1000 bezahlten Agenturen des BND, Entlarvung von 70 Nazi- und Kriegsverbrechern, vorbeugende Arbeit bei Gewalt- und Schwerverbrechen, vorbeugende Arbeit in der Volkswirtschaft etc. Möchte aber hier aus vollem Herzen die wiederholt ausgesprochene Entschuldigung des ehem. MfS/AfNS unterstreichen für das, was einfach nicht in Ordnung war, wie Ihnen bekannt, wurde die Entschuldigung am 15. 1. 90 so formuliert. Die Selbstauflösung des AfNS war ein einmaliger Akt, während die andere Seite vieles oder alles weiß, wissen wir überhaupt nichts. Möchte mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken, auch im Namen meiner Kollegen, versichert, daß wir aus den Runden, insbesondere im Umgang mit Bürgerkomitee, viel gelernt und viel Nachdenkenswertes mitgenommen haben.
Herr Gill: möchte mich dem ersten Teil anschließen, daß auch

Abb. 3: Ein letztes Selbstlob muß schon sein.

Panzerschranken eingegangen werden.“ (BSTU, Fin 1396, Pag. 14, 15)

Die Oberhoheit in Halle ruhte in den Händen der Militärstaatsanwaltschaft Halle. Erst Tage später, am 12. Januar 1990, konstituiert sich nach dem von MStA Wolf verfaßten Protokoll die „autorisierte Gruppe“ Halle. Der Gründungsakt schließt ein, daß dieser Gruppe eine Konzeption vom 11. Januar über den Umgang mit Archiv- und anderem dienstlichen Schriftgut zur Bestätigung vorgelegt wird. Vorgesehen ist danach, daß vor dem 5. Dezember vorvernichtetes Schriftgut und 15 Lkw-Ladungen Verkollerungsmasse, aufbewahrt im Regionallager Süd, der Vernichtung zugeführt werden sollen. Wesentlich auch hier ist die Absicherung einer ungestörten (Selbst-)Auflösung des MfS/AfNS durch Verzicht auf jedwede Bürgerkontrolle in sensibelsten Bereichen. Wolfs Vorschläge sehen vor, daß die Unterlagen der Linie XV (HVA) keiner Kontrolle unterworfen und nach Berlin verbracht werden. Zudem das fatale Zugeständnis der Bürgerbewegten: die „offenen Abteilungen (Finanzen, Kader, RD...) können selbständig durch deren Mitarbeiter ... geräumt werden“ [RD – Rückwärtige Dienste].

der Kontrolle entzogen werden. Vermögen, das so materieller Quell des Wohlstands der SED/PDS-/MfS-Eliten wurde, und zwar über den Tag der deutschen Einheit hinaus.

Wertvolle Monate ungestörter Arbeit standen zur Vernichtung brisanter Akten, Entsorgung wissenschaftlich-technischer Unterlagen und Gerätschaften sowie zur Aneignung von Vermögenswerten und Immobilien – besonders begehrt die Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Ferienobjekte – zur Verfügung. Die Bildung des Bürgerkomitees und dessen Akzeptanz durch den Arbeits-/Beraterstab Engelhardt, ein durch die Schnursche Sicherheitspartnerschaft abverlangtes „Bekenntnis“ zur Kooperation, änderten daran nur wenig oder gar nichts. Mit der Bildung des staatlichen Komitees zur Auflösung des MfS/AfNS am 8. Februar 1990 war neben einer ständigen Präsenz der Staatsanwaltschaft die Einbindung aller nur denkbaren staatlichen Instanzen in den Auflösungsprozeß angesagt. Tatsächlich ging es dabei um die Installation eines noch unüberschaubareren Systems, das die Selbstauflösung des MfS/AfNS unter den Augen der Runden Tische abzusichern vermochte. Und das gelang!

Mit Beendigung der Auflösung des MfS/AfNS zum 31. März 1990, die durch den Ministerratsbeschluß vom 8. Februar 1990 vorgegeben war, sollte auch die Aufgabe der ausschließlich aus ehemaligen MfS-Mitarbeitern bestehenden Stabsgruppe „Engelhardt“ erledigt sein. Für den forschen General war dies willkommener Anlaß, mit einer Leistungsbilanz – im Stile einer Rechenschaftslegung gegenüber der SED-Kreisleitung des MfS – vor die Vertreter des Bürger- und staatlichen Komitees, der Staatsanwaltschaft und die beiden Amtsträger der Kirchen Lichtenbergs hinzutreten. Ausweislich des Protokolls der Beratung des Arbeitsstabes zur Auflösung des MfS/AfNS (Protokoll vom 27.3.1990, Archiv FORUM) feierte er gegenüber dem Teilnehmerkreis die großen Arbeitserfolge seit Bestehen des MfS (Abb.3). Von kämpferischem Stolz erfüllt, ließ er auf die Anwesenden in schon provokanter Weise konkrete Zahlen zu überführten West-Agenten, Nazi-Verbrechern und Kriminellen niederrieseln. In Worten, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließen, äußerte er sich auch zum Quellenschutz und zur Notwendigkeit der Aktenvernichtung. Alle Beratungsteilnehmer hörten artig zu und bestätigten sich gegenseitig, in dem Auflösungsprozeß voneinander gelernt und eine Beziehung des Vertrautseins aufgebaut zu haben – ein Zeitzeugnis, das eine makabre Situation der friedlichen Revolution verewigt. Die Protokolle des Arbeitsstabes zur Auflösung des MfS/AfNS selbst liefern umfangliche Hinweise, daß das Unterlaufen des „Vertrautseins“ durch tschekistische Konspiration und vorsätzliche Irreführung tagtägliche Praxis im MfS/AfNS-Auflösungsprozeß war.

Das kleine Schulmädchen von Hessgut-Bern

Bekanntlich ließ der junge Diktator der „Demokratischen Volksrepublik Korea“, Kim Jong-un, Ende letzten Jahres seinen Onkel Jang Song-thaek hinrichten. Sein Vater hatte ihm, dem in der Politik Unerfahrenen, knapp 30-Jährigen, den Onkel sowie seine jüngere Schwester Kim Kyong-hui als „Schutzpatrone“ zur Seite gestellt, doch war der Onkel während der letzten Zeit in den Augen Kim Jong-uns wohl zu mächtig geworden. Recht merkwürdig dabei ist, daß Gerüchte (ob glaubwürdig oder nicht), der Ermordete sei von hungrigen Hunden zielgerichtet zerrissen worden („quan jue“, eine besonders grausame Art der Exekution), ausgerechnet von der Hongkonger Zeitung „Wen Wei Po“ veröffentlicht wurden, die als kontrolliertes Sprachrohr Pekings gilt und zwangsläufig Rückschlüsse auf die Haltung Chinas zuläßt.

Am aufschlußreichsten bei diesen Vorgängen in Pjöngjang aber ist, daß bereits Tage vor der offiziellen Bekanntgabe im nordkoreanischen Staatsfernsehen der Leiter des südkoreanischen Spionagedienstes, Nam Jae-joon, dies dem Sicherheitsausschuß des Parlaments in Seoul mitteilte und damit interessante Einblicke in die Tätigkeit und Fähigkeiten seines Dienstes gab. Behauptungen westlicher Zeitungen, die genannte Kim Kyong-hui (zugleich Ehefrau des Hingerichteten) werde dessen Position einnehmen, waren schon damals zu verneinen. Sie war alkoholsüchtig und litt unter starken Depressionen, seitdem ihre Tochter

Jang Kum-song beim Rückruf von ihrem Paris-Studium 2006 Selbstmord beging. Auch bei den kürzlich erfolgten Gedenkfeierlichkeiten in Pjöngjang zum zweiten Todestag Kim Jong-ils war Kim Kyong-hui nicht anwesend. Seriöse Meldungen wollen von ihrem (vielleicht sogar abgeforderten?) Selbstmord bei Jahreswechsel wissen.

An die zweitwichtigste Position des Regimes rückte statt dessen inzwischen Choe Ryong-hae auf. Der Vize-Marschall der nordkoreanischen Streitkräfte ist der Sohn eines prominenten Partisanenführers, der einst zusammen mit Kim Il-sung gegen Japan kämpfte. Dies stellt im heutigen Reich des Kim Jong-un indes keinerlei Lebensgarantie dar: Tatsache ist, daß von den sieben Persönlichkeiten, die Ende 2011 den Trauerwagen Kim Jong-ils begleiteten, jetzt nur noch zwei im Amt und am Leben sind. Der Pekinger Publikation „Huanjiu Renwu“ zufolge wurden von den 218 höchsten Trägern der Macht in Nord-Korea, die Kim Jong-un bei seiner Machtübernahme vorfand, inzwischen 97 von ihren Positionen gestürzt.

Um die nötige Macht-Balance zwischen Militär und der kommunistischen „Partei der Arbeit“ nicht zu gefährden, schiebt der Diktator gegenwärtig seine jüngere Schwester Kim Yo-jong auffällig in den Vordergrund. Diese wurde am 1. September 1988 in der Hauptstadt geboren und besuchte wahrscheinlich in den Jahren 1999 bis 2007 die Schule in Hessgut-

Bern. (Unter welcher falschen Identität sie dort auftrat, ob sie als vermeintliches Kind einer nordkoreanischen Diplomatenfamilie in die Schweiz kam, wird gegenwärtig von dortigen Sicherheitsbehörden untersucht.) Ende 2011 jedenfalls wurde sie wieder in Pjöngjang gesehen. Vermutet wird, daß sie an führender Stelle in der Öffentlichkeitsarbeit der Staatspartei die Veranstaltungen Kim Jong-uns leitete. Sie selbst blieb stets im Hintergrund, in Südkorea gibt es denn offiziell auch kein einziges Foto von ihr. Doch daß sie mit ihren lediglich 25 Jahren jetzt die Staatspartei lenken will, könnte sehr leicht auf Widerstand der alten Partei-Veteranen stoßen.

Der Geburtstag Kim Jong-uns Anfang Januar brachte eine Überraschung insofern, als dieser für den 9. März allgemeine Wahlen zur Obersten Volksversammlung seines Landes ansetzte. Da nur Kandidaten der „Partei der Arbeiter“ zugelassen sind, dürfte das Ergebnis schon heute feststehen. Dieses Theater dient gewiß auch lediglich dem Zweck, seine Macht durch den angeblichen Volkswillen zu legitimieren. Sein Ziel ist ganz offensichtlich, seine Alleinherrschaft weiter zu festigen und sämtliche potentielle Rivalen und Andersdenkende zu beseitigen. Ob die Ansicht mancher Korea-Experten zutrifft, die jetzige Instabilität des Regimes sei der Anfang vom Ende der Kim-Tyrannie, wird vielleicht schon die nächste Zukunft erweisen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Mitgliedschaft ausgesetzt

Die Mitgliedschaft des tschechischen Instituts für die Erforschung totalitärer Regime in der „Europäischen Plattform Erinnerung und Gewissen“ wurde aufgrund eines Beschlusses der Mitgliederversammlung der Plattform vom 13. November 2013 ausgesetzt. Dies teilte der Präsident der Plattform, Göran Lindblad, am 14. Januar mit. Grund für diese Maßnahme war, daß das Institut eine Antwort auf zwei Anfragen der Plattform verweigert hatte.

Die erste Anfrage betraf die Geschäftsaktivitäten der Direktorin des Instituts, Pavla Foglova, in den Jahren 1994 bis 2000 und bezog sich auf Zeitungsberichte, in denen ihr Geldwäsche vorgeworfen wurde. Die zweite Anfrage betraf fünf Mitglieder des

wissenschaftlichen Beirats des Instituts, die früher der kommunistischen Partei angehört hatten. Es ging in der Anfrage darum zu erklären, welche Funktionen diese fünf Mitglieder während der kommunistischen Diktatur in der Tschechoslowakei erfüllten.

Nach Auffassung des Instituts betreffen die im Raum stehenden Fragen Privatanlagen. Diese Erklärung wird von der Plattform nicht akzeptiert, weil hierdurch möglicherweise die Satzung der Plattform verletzt wird.

Lindblad bedauerte diesen Schritt, denn das Institut ist ein Gründungsmitglied der Plattform. Jedoch ist Lindblad zufol-

ge „das Institut unterwandert von kommunistischen Mitarbeitern, und so ist es unsere Pflicht, entschlossen zu handeln.“

Florian Kresse

AG Lager Sachsenhausen 1945 – 1950 e.V.

Die nächste Gedenkveranstaltung – vom 14. bis 16. März 2014 – findet ausnahmsweise in Luckau (Niederlausitz) statt!

Nähere Informationen bei den Vorstandsmitgliedern Mariagnes Pense (Tel. 030-712 94 25) und Reinhard Klaus (Tel. 030-432 34 34).

Positionspapier

Die rechtsstaatlich nicht legitimierte Rückabwicklung der Eingliederung von DDR-Flüchtlingen

Der Rentenbetrug an DDR-Flüchtlingen war an dieser Stelle bereits mehrmals Thema von Beiträgen. Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF) vertritt das Anliegen dieser Betroffenen. Obwohl es nach dem 18.05.1990 keine weiteren DDR-Flüchtlinge gab, wächst die IEDF ständig. Ursache hierfür ist, daß die Rentenversicherer nicht nur die Anwartschaften unerlaubt manipuliert haben, sondern sie geben auch keinen Aufhebungsbescheid. Die Betroffenen sollen erst zum Rentenbeginn davon erfahren. Der lange Kampf um unser Recht hat uns gelehrt, daß die bisherigen Regierungen keinen Willen hatten, Recht wiederherzustellen.

Die Regelung der Übersiedlerrente ist keine Frage des Ermessens, gar des Mitleids, sondern es ist ein sehr einfaches Rechtsproblem. In der gesamten sozialrechtlichen Literatur findet sich nicht eine Quelle, die auf diesen Betrug hinweist, aber es gibt Bibliotheken von Dokumenten, die den grundgesetzlichen Eigentumscharakter der Rentenanwartschaften darstellen.

Federführend die SPD, aber auch die Grünen und Die Linke haben bisher im Bundestag Anträge gestellt, um das Problem mit Hilfe von Gesetzen zu lösen. Als flammender Kämpfer für unser Recht bleibt dabei der leider viel zu früh verstorbene Ottmar Schreiner (MdB, SPD) in Erinnerung. Er war im Bundestag immer für Soziales zuständig, er hätte gewußt, wenn er dort 1991 ein Gesetz mit verabschiedet hätte, das 300 000 Übersiedlern die Rente stiehlt. Es gibt kein solches Gesetz. Unvergessen bleibt sein Auftritt vor dem Bundestag am 26.01.2012. Daran muß sich Regierungshandeln der SPD heute messen lassen.

Für das damals vorgeschlagene neue Gesetz gibt es zwei Zielrichtungen. Die eine will den Übersiedlern das geben, was ihnen heute ohnehin schon zusteht, nämlich Rente nach Fremdrengengesetz (FRG). Das ist sehr einfach zu lösen, wenn der Wille der Regierung zur Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit vorhanden ist. Die andere Zielrichtung nimmt sich eine wirk-

liche Lücke in der Gesetzgebung 1991 vor. Es soll nämlich durch einen individuellen Vergleich festgestellt werden, ob die Rente nach FRG oder SGB VI die höhere ist. Dahinter steckt die sehr klare Absicht, daß kein Übersiedler für seine Flucht bestraft werden darf, indem er durch das FRG eine niedrigere Rente bekommt als sein Kollege, der in der DDR geblieben ist und Rente nach Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) erhält. Dieser Weg allerdings wird schwierig, man wird an den fehlenden DDR-Gehaltsunterlagen scheitern, man muß dann für alle Deutschen den Stichtag 30.06.1990 kippen, an dem man z. B. in einem DDR-Betrieb als Ingenieur gearbeitet haben muß, um die Intelligenzrente zu bekommen. Konsequenter und rechtsstaatlich zu Ende gedacht, müßte dieses Procedere für alle Ehemaligen aus SBZ/DDR durchlaufen werden, auch die inzwischen verstorbenen. Das steht so in einem BSG-Urteil des Jahres 1997. Wie das 22 Jahre nach der Einführung des SGB VI gelingen soll, ist schwer vorstellbar. Hier sind es die Details, die eine Lösung erschweren.

Auf ihrer Jahresmitgliederversammlung hat die IEDF beschlossen, ihren juristischen Standpunkt konzentriert in einem Positionspapier zusammenzufassen. Das soll die Diskussion mit den Beteiligten am Rentenbetrug vereinfachen und versachlichen. Die betroffenen 300 000 Flüchtlinge, jünger als Geburtsjahrgang 1936, hoffen darauf.

Die Zeit der Teilung Deutschlands war von einer permanenten deutsch-deutschen Fluchtbewegung geprägt, trotz Mauer und Stacheldraht.

Die alte Bundesrepublik Deutschland bot jedem DDR-Bürger eine neue Heimat, sobald er verbindlich erklärte, seinen ständigen Wohnsitz dort zu nehmen. Mit dieser Erklärung lebte gemäß Art. 116 GG seine bis dahin ruhende deutsche Staatsangehörigkeit wieder auf. Gleichzeitig erlosch seine DDR-Staatsbürgerschaft, sofern sie ihm nicht bereits vorher aberkannt worden war.

Die Eingliederung

Der DDR-Übersiedler brachte nichts mit außer seine beruflichen Fähigkeiten und den festen Willen, seinem neuen sozialen Umfeld gerecht zu werden.

Seine DDR-Berufsahre wurden durch das bundesdeutsche Sozialrecht anerkannt. Sie bildeten den Grundstock für seine der-einstige Altersversorgung. Die Bewertung seiner DDR-Erwerbsbiographie war ein wesentlicher Teil des Eingliederungsverfahrens. Die rechtliche Grundlage boten die Tabellen 1 bis 16 des Fremdrengengesetzes (FRG).

Das Ergebnis dieser Bewertung war die Begründung eines Rentenkontos mit einer fiktiven Erwerbsbiographie, mit der er dem Durchschnitt seiner westdeutschen

Berufskollegen gleichgestellt war. Sein in der DDR erzieltetes Einkommen und die Frage, inwieweit er einem der DDR-Sozialversicherungs- bzw. Versorgungssysteme angehört hatte, war ausdrücklich nicht Gegenstand der Eingliederung.

Dieses Rentenkonto wurde mit der weiteren Berufstätigkeit in der Bundesrepublik bis zum Erreichen des Rentenalters aufgefüllt.

Der Beitritt der DDR

Der von der erstmals frei gewählten Volkskammer der DDR beantragte Beitritt der DDR machte es erforderlich, den Geltungsbereich des Grundgesetzes auf die DDR/Ostberlin zu erweitern.

Eine gewaltige Aufgabe war die Schaffung eines Rentenrechts für die Bürger der zum 3.10.1990 beitretenden DDR. Deren Erwerbsbiographien mußten in das nunmehr gesamtdeutsche Sozialrechtssystem transformiert werden. Dabei sollte es nach Möglichkeit so zugehen, daß sich die DDR-Seite fair behandelt fühlt.

Es gab ein Modell, wie das hätte realisiert werden können: Das Fremdrengengesetz als ein über Jahrzehnte bewährtes Eingliederungsinstrument für DDR-Übersiedler. Das war zwar naheliegend, hätte aber eine Begrenzung auf Durchschnittsverdienste bedeutet, die man den Bürgern der DDR, insbesondere den Gutverdienenden, den Staatsnahen in Politik, Behörden und Wirtschaft, nicht zumuten wollte.

Es wurde also ein Gesetz geschaffen, das mit dem Anspruch daherkam, die Lebenswirklichkeit in der realsozialistischen DDR abzubilden und gleichzeitig verträglich zu sein mit dem bundesdeutschen Sozialrecht.

Diesen Auftrag gab der Einigungsvertrag vom 31.08.1990 vor. Am 25.07.1991 beschloß der gesamtdeutsche Gesetzgeber nach ausführlichen Debatten, untermauert von diversen Fachgutachten, das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG). Der Adressat war, wie aus allen amtlichen Dokumenten hervorgeht, die Bevölkerung der beigetretenen DDR und Ostberlins.

Das wiedervereinigte Deutschland

Die in der alten Bundesrepublik eingegliederten ehemaligen DDR-Übersiedler müssen am Ende ihres Erwerbslebens – zu ihrem Erschrecken – feststellen, daß die Ergebnisse ihrer einstigen Eingliederung gelöscht sind. Statt dessen wurde ihre alte DDR-Erwerbsbiographie, die sowohl nach DDR-Recht als auch nach Bundesrecht rentenrechtlich erloschen war, wieder aus der Schublade gezogen und dem Rentenbescheid zugrunde gelegt.

Von der Rentenversicherung waren sie über eine rückwirkende Neufeststellung ihrer Rentenanwartschaften nicht informiert worden, weder über die Löschung ihrer im Eingliederungsverfahren begründeten Erwerbsbiographie noch über die Reaktivierung ihrer DDR-Biographie. Weder bei der damaligen Bundesregierung noch bei Bundestag und Bundesrat gab es Intentionen, die bereits erfolgte Eingliederung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge in Frage zu stellen. Abgeordnete, die an den Abstimmungen beteiligt waren, bestätigten das ausdrücklich.

Die amtlichen Dokumente der damaligen Zeit (siehe http://www.flucht-und-ausreise.info/dokumente/upload/ad24d_2013-01-04_dokumentenregister.pdf) weisen aus, daß das RÜG ausschließlich für die Versicherungsgemeinschaft der beigetretenen DDR geschaffen wurde. Für die DDR-Übersiedler, die bis zum 18.05.1990 ihren Wohnsitz in die alten Bundesländer verlegt hatten, auch das belegen diese Dokumente, sollte es bei der bereits erfolgten Eingliederung nach der damals gültigen Fassung des FRG bleiben.

Der Konflikt

Die Bundesregierung behauptet, die Löschung der Ergebnisse der individuellen Eingliederungen und die nachfolgende Einbeziehung der DDR-Flüchtlinge in das Gesetzeswerk zum Beitritt der DDR sei eine zwingende Konsequenz der Wiedervereinigung. Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) als Interessenvertretung der aus 316 000 Betroffenen bestehenden Minderheit widerspricht der Haltung der Bundesregierung.

Die Rückabwicklung der Eingliederung widerspricht dem Geist und Buchstaben der beiden im Jahre 1990 geschlossenen Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie der politisch-historischen Situation, die sich aus dem Zusammenbruch der DDR ergeben hatte.

Die IEDF begründet ihren Widerspruch wie folgt:

1. Es gibt keinen rechtsstaatlichen Akt, der die Löschung der nach geltendem deutschem Recht begründeten Integration der DDR-Flüchtlinge und deren Einbeziehung in den Prozeß des Beitritts der DDR zum Gegenstand hat.
2. Die Maßnahme steht nicht im Einklang mit der politisch-historischen Situation, die durch den Zusammenbruch der DDR und die Möglichkeit der Wiedervereinigung gegeben war. Verletzung des politisch-historischen Auftrages. (Verletzung Staatsvertrag vom 18.05.1990 Art.20(7)).
3. Es hat zu keiner Zeit eine verfassungsrechtliche Überprüfung dieser Maßnahme stattgefunden.
4. Der Staatsvertrag vom 31.08.1990 enthält keine einzige Aussage, aus der die Absicht abgeleitet werden kann, eine Rechtsänderung zu Lasten der bis zum 18.05.1990 in der Bundesrepublik Deutschland integrierten DDR-Übersiedler durchzuführen.
5. Über die Maßnahme ist in der Folgezeit nicht informiert worden, weder allgemein durch die Medien noch individuell an die Adresse der Betroffenen. Sogar die Fachliteratur geht vom Fortbestand der bereits erfolgten Eingliederung aus, siehe „Übersicht

über das Sozialrecht“ Ausgabe 2006, S. 334, herausgegeben vom BMAS (Verletzung des Vertrauensschutzes §45 SGB X).

6. Die im Eingliederungsverfahren zugewiesene fiktive Erwerbsbiographie ist eine politisch neutrale, statistisch untermauerte Durchschnittsbiographie. Die mit dem dauerhaften Verlassen der DDR erloschene DDR-Erwerbsbiographie hingegen ist politisch nicht neutral; sie spiegelt die widerständige Lebensführung des Betroffenen wider, die seinem Verhaltenskodex während der DDR-Zeit entspricht. Sie liegt, politisch bedingt, auf einem Unter-Durchschnitts-Niveau (Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes Art.3 GG).
7. Dem DDR-Übersiedler war seine DDR-Erwerbsbiographie im Zusammenhang mit dem Verlust der DDR-Staatsbürgerschaft seiner Verfügung entzogen. Die Grundlage dafür war ein entsprechender DDR-Verwaltungsakt. Laut Einigungsvertrag vom 30.08.1990, Art. 19, sollten aber Verwaltungsakte der DDR Bestand haben. Ein nachträgliches Wiederauflebenlassen ist demnach nicht zulässig (Verletzung Einigungsvertrag vom 31.08.1990, Art. 19).
8. Die Löschung der Ergebnisse der Eingliederung und die gleichzeitige Wiederbelebung der DDR-Biographie haben in aller Stille, ohne öffentliche Wahrnehmung, ohne Information an die Betroffenen stattgefunden (Verletzung des Vertrauensschutzes §45 SGB X; Verletzung §149 SGB VI).
9. Der heimliche Austausch der Erwerbsbiographien hat für den betroffenen DDR-Übersiedler die Konsequenz, daß er im wiedervereinigten Deutschland mit den Folgen seines widerständigen Lebens in der DDR konfrontiert und nachträglich diskriminiert wird. Die rentenwirksame Bemessungsgrund- ➤

Zur angemessenen Entschädigung von SED-Opfern

hat Dr. med. Kerstin Schön, Fachärztin für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie, einen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel geschrieben, nachzulesen auf

<http://www.sedopfer.blogspot.de/>.

Ein Briefrafter für Betroffene ermöglicht die Beteiligung.

lage beläuft sich damit auf 600 Ostmark monatlich. Die hieraus resultierende Rente liegt auf Sozialhilfeniveau, unabhängig von der in der DDR ausgeübten Erwerbstätigkeit. (Verletzung des Vertrauensschutzes (§45 SGB X); Verletzung Art.1, Art.2, Art.3, Art.14 GG).

- Die Unterstellung der bereits integrierten ehemaligen DDR Flüchtlinge unter das RÜG entspricht nicht den Intentionen des 12. Bundestages, der damaligen Bundesregierung und des Bundesrates. Zusätzlich widerspricht dieser Paradigmen-

wechsel der durch das Grundgesetz gedeckten politischen Grundhaltung aller Vorgängerregierungen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Forderung

Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. fordert die Wiederherstellung des „Status quo ante“. Das heißt: Wiedereinsetzung in die Rechte, die mit der einstigen Eingliederung unter dem Schirm des Grundgesetzes begründet worden sind. Das heißt: Beibehaltung der Bemessung der Rente von DDR-Über-

siedlern für ihre DDR-Erwerbsjahre nach den Tabellen 1 bis 16 des Fremdrentengesetzes in der zum 18.05.1990 gültigen Fassung.

Das einstimmig gefaßte Votum des Petitionsausschusses des deutschen Bundestages vom 27. Juni 2012 liegt dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales als Handlungsgrundlage in diesem Sinne vor.

Mannheim, den 15. November 2013

Interessengemeinschaft
ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF)

Chance für neue Gemeinsamkeit

Persönliches Schreiben des UOKG-Vorsitzenden Rainer Wagner an die VOS

Liebe Kameradinnen und Kameraden der VOS,

ähnlich wie sicher die meisten von Ihnen war auch ich zutiefst betroffen, als ich von der gegenwärtigen Krise der VOS erfahren habe. Immerhin bin auch ich schon 29 Jahre VOS-Mitglied. Es bewegte mich zutiefst, daß der älteste und durch seine Landesverbände einzige deutschlandweite Häftlingsverband vor dem eventuellen Aus steht. Ich denke, soweit darf es nicht kommen!

Wenn die VOS als Bundesverband aufhört zu bestehen, hätten wir Opfer der kom-

munistischen Gewaltherrschaft eine unserer wichtigsten Stimmen in Deutschland verloren. Die über 60jährige, unter vielen Opfern aufgebaute Arbeit vieler Leidensgefährten wäre am Ende. Unsere alten Feinde aus SED und Stasi hätten 24 Jahre nach dem Untergang ihres Terrorregimes einen erneuten Triumph zu verzeichnen. Auch dazu darf es nicht kommen!

Aus diesem Grund werde ich alle Kraft einsetzen sowie all meinen Einfluß geltend machen, um zu helfen, daß unsere Vereinigung VOS eine Zukunft behält. Natürlich gab es in der Vergangenheit manche Mißverständnisse und Spannungen. Sie waren für das Ansehen von uns Opfern der kommunistischen Terrorherrschaft nicht zum Vorteil. Aber vielleicht bietet die gegenwärtige Krise die Chance zu neuer und starker Gemeinsamkeit. Denn gemeinsam ist die Stimme der Opfer immer noch unüberhörbar. Wenn die VOS ihre existenzbedrohende Krise sauber aufarbeitet und übersteht, wird die gemeinsame Stimme von VOS und UOKG deutlicher vernehmbar sein als zu Zeiten des getrennten Weges. Ich glaube an Wunder und habe daher immer noch Hoffnung für unsere Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS). Fehler und Versäumnisse müssen aufgearbeitet werden. Aber unser Auftrag bleibt. Deshalb muß es weitergehen. Vor uns liegen noch große Bewährungsproben.

Die in Linkspartei umbenannte SED sitzt in fast allen Parlamenten und verharm-

lost die totalitäre Vergangenheit von SBZ und DDR. Sie gilt jetzt sogar als möglicher Partner einer rot-rot-grünen Bundesregierung.

Den Opfern des SED-Regimes aber geht es wirtschaftlich schlechter als den ehemaligen Mitläufern und Stützen der DDR-Diktatur. Durch den gemeinsamen Kampf der Opfer und ihrer Verbände besteht immer noch die Chance, der Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts unsere Handschrift mit zu verleihen. Eine Überarbeitung der teilweise unzureichenden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze muß von uns vorangetrieben werden. Ein würdiges Gedenken und eine angemessene Entschädigung der Opfer müssen von uns durchgesetzt werden. Vor allem aber müssen wir unsere Stimme wieder öffentlich für Freiheit und Demokratie, für die wir gelitten haben, hörbar machen. Die ganze Gesellschaft, aber vor allem die junge Generation braucht dieses Zeugnis. Wer kann es besser als wir? Denn Freiheitsliebe ist eine Zuchthauspflanze. Wir müssen dafür sorgen, daß sie blüht und gesehen wird.

In kameradschaftlicher Verbundenheit grüßt

Rainer Wagner
Bundesvorsitzender der Union der
Opferverbände kommunistischer
Gewaltherrschaft UOKG

Neustadt, den 18.11.2013

Unterstützung für Initiative Mahnmal

Prag, Budapest, Moskau, Sofia – nicht nur in diesen vier Städten gibt es zentrale Denk- und Mahnmale für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Der Kommunismus hat im letzten Jahrhundert weltweit Millionen von Menschen unterjocht und zerstört. Viele Staaten in Ost- und Mitteleuropa gedenken dieser Opfer durch zentrale Mahnmale.

Wir fordern auch in Berlin einen solchen Ort!

Wenn Sie die Initiative der UOKG für ein zentrales Mahnmal unterstützen möchten, unterschreiben Sie auf unserer Unterschriftenliste und sammeln Sie auch in Ihrem Bekanntenkreis Unterschriften – wir benötigen zahlreiche Stimmen, die die Initiative Mahnmal mit Nachdruck unterstützen.

Listen können angefordert werden bei: E-Mail Mahnmal@uokg.de oder per Post UOKG/Initiative Mahnmal, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Endlich: Gedenkstätte Hoheneck tatsächlich in Sicht!

Der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen war am 7. Januar 2014 eingeladen zur Teilnahme an der feierlichen Unterzeichnung der „Städtebaulichen Vereinbarung“ zwischen der Stadt Stollberg und dem Innenministerium des Freistaates Sachsen. Damit ist neben der Aufnahme ins Sächsische Gedenkstättengesetz im Jahr 2012 der zweite grundlegende Baustein auf dem langen Weg zu der geplanten Gedenkstätte Hoheneck für die nächsten Jahre gelegt. Die Stadt Stollberg als Eigentümer des 150 Jahre alten Zuchthauses oben auf dem Berg erhält mit dieser Vereinbarung vom Land die Zusage, daß es sich für die erforderlichen Fördermittel zum Zwecke der baulichen Sanierung als Voraussetzung für eine mehrfache Neunutzung als Gedenkstätte und Museum einsetzen und sie mit Priorität befördern wird. Das ist sozusagen eine staatliche Garantie für das Sanierungsprojekt des riesigen Gebäudeareals.

Der Vorstand des Frauenkreises empfand es als dem historischen Anlaß angemessen und würdig, daß die Ehrenvorsitzen-

de Margot Jann den Frauenkreis bei der feierlichen Unterzeichnung im Stollberger Rathaus repräsentierte, die der Sächsische Innenminister Marcus Ulbig und der Stollberger Oberbürgermeister Marcel Schmidt vornahmen. Der Innenminister, der zugleich für das Bauresort und den Denkmalschutz in Sachsen zuständig ist, hatte den aktuellen Förderbescheid des Landes zur Sanierung der zukünftigen Gedenkstätte im Westflügel – in dem sich oben der Kirchsaal befindet – in der Tasche: 625 000 Euro kommen aus dem Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ und noch einmal 130 000 Euro vom Freistaat. Anwesend von der Landesebene waren auch die scheidende Stollberger Landtagsabgeordnete Uta Windisch und der zuständige Abteilungsleiter aus dem Kultur- und Bildungsministerium. Für alle geladenen Gäste des Stollberger Fördervereins und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wurde in der kleinen Ansprache des Ministers das ganz besondere Engagement Uta Windischs in Dresden deutlich. Sie sei in den vergangenen Monaten in allen zuständigen Ministerien Klinken putzen gegangen

und habe um jede Zusage für Fördermittel gebettelt. Ihrem Einsatz ist im Ergebnis diese städtebauliche Vereinbarung – und damit die Sicherung des Ausbaus zur Gedenkstätte – erheblich mit zu verdanken. Dafür danken wir Uta Windisch sehr.

Margot Jann brachte ihre große Freude und Genugtuung über die nun konkrete Perspektive mit herzlichen Worten des Dankes an alle Beteiligten zum Ausdruck. Dabei erinnerte sie an das Engagement des Frauenkreises seit seiner Gründung 1991 in Stollberg: an die Errichtung des Gedenksteins 1992, an die Einrichtung der ersten Dauerausstellung, die seit 2002 in der Stadtbibliothek steht. Zur Erinnerung an diese Zeit, die nun auch schon wieder Geschichte ist, übergab sie Marcus Ulbig und Uta Windisch den ersten Dokumentarfilm über die ehemaligen Hoheneckerinnen aus dem Jahr 1992 von Dieter Bub: Die Frauen von Hoheneck, Kurzporträts der Vereinsgründerinnen und die erste gemeinsame Fahrt des Vereins von Lützelbach im Odenwald nach Stollberg.

Mechthild Günther

Nagelprobe der Demokratie

(PK-st) Die nun schon weit herumgekommene beeindruckende Ausstellung „Der dunkle Ort – Das Frauengefängnis Hoheneck. 25 Portraits“ der Heinrich-Böll-Stiftung war im September und Oktober vergangenen Jahres auch im südwestlich gelegenen Pforzheim zu sehen. Die Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ und der Verein „Gegen das Vergessen“ hatten sie ins Pforzheimer Rathaus geholt. Zur Eröffnung stellte sich die Vorsitzende der Stiftung, Birgit Kipfer, die Frage, was der Westen über die menschenverachtenden Haftbedingungen, die Zwangsarbeit, die Menschenrechtsverletzungen in der DDR wußte. Kipfer kam zu dem Schluß, daß es die Menschen in Westdeutschland zumeist nicht wirklich interessiert habe. Sie sagte: „Und wieder ist es passiert, daß wir es nicht gewußt haben.“

Wie ein System mit seinen politischen Gefangenen umgehe, sei eine Nagelprobe der Demokratie, erklärte Isabel Greschat, Kulturamtsleiterin der Stadt Pforzheim, in einem Grußwort. Deshalb sei diese Ausstellung hochaktuell.

Die Geschichte des 1864 gebauten Weibergefängnisses erläuterte Mechthild Günther, die selbst ein Jahr im Frauengefängnis politische Gefangene war. Clemens Heitmann, Leiter der

BStU-Außenstelle Chemnitz, vervollständigte mit Erzählungen aus seinem Buch „Via Knast in den Westen“ den Hintergrund für die bemerkenswerte Ausstellung. 



Konstanze Helber (l.) und Dr. Ute Steinhäuser als Zeitzeuginnen bei der Ausstellungseröffnung. Beide gehören zu den Portraitierten.

„Die Schuld der Vielen – Mitläufer gestern und heute“

6. Hohenschönhausen-Forum am 4. November 2013 in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Auch im vergangenen Jahr kamen im Rahmen der gemeinsamen Tagung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und der Konrad-Adenauer-Stiftung namhafte Experten aus der ganzen Bundesrepublik zusammen, um über die Mechanismen menschlicher Anpassung und ihre Funktionalisierung durch totalitäre Systeme zu diskutieren. Unter der Überschrift „Die Schuld der Vielen – Mitläufer gestern und heute“ wandten sich Experten und Zeitgenossen erstmals einem Thema zu, das zwar für die Zeit des Nationalsozialismus bereits breit diskutiert, in der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland bis heute jedoch weitgehend vernachlässigt wurde. Nach dem Sturz einer Diktatur werden zuerst nur einige wenige für ihre Vergehen zur Verantwortung gezogen – die eigentliche Debatte um die Mitschuld breiter Massen setzt für gewöhnlich erst später ein. Doch wie definiert sich ein Mitläufer, und welche Motive treiben ihn an? Neben der Ergründung des Typus „Mitläufer“ und Formen von Anpassung und Aufbegehren des einzelnen in den beiden deutschen Diktaturen beschäftigte sich das 6. Hohenschönhausen-Forum vor allem mit der Anpassung von Institutionen und Intellektuellen an neue Machtstrukturen und stellte die Frage nach der anhaltenden Aktualität des Phänomens „Mitläufer“ in totalitären Regimes heute.

In seiner Begrüßung wies *Hubertus Knabe* (Berlin) darauf hin, daß die „Schuld der Vielen“ in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der DDR bisher kaum thematisiert wurde. Statt kritischer (Selbst-) Reflexion

über die Mitverantwortung des einzelnen überwiegen nach Knabes Ansicht Entlastung und Verständnis für den Zwang, sich mit einer Diktatur zu arrangieren. Er kritisierte, daß bestimmte Verhaltensmuster in der DDR heute als nur allzu menschlich und deshalb akzeptabel banalisiert würden. Dabei sei der einzelne gerade in totalitären Diktaturen wie dem Nationalsozialismus und der DDR durch sein „Mitlaufen“ viel stärker in begangenes Unrecht involviert, als dies in anderen Systemen der Fall sei. Diese Mitverantwortung an begangenen Unrecht betonte auch *Andreas Kleine-Kraneburg* (Berlin) in seiner Begrüßungsrede noch einmal ausdrücklich. Die Konsequenzen des Mitlaufens in totalitären Systemen seien besonders schwerwiegend.

Mit dem Wechselspiel von Anpassen und Widersetzen beschäftigte sich *Roland Jahn* (Berlin) in seinem Auftaktvortrag auf sehr persönliche Art. Auch er sei zeitweise „mitgelaufen“, auch er sei „ein Rädchen“ gewesen, „das sich drehte im Mechanismus der Diktatur“. Um studieren zu können, habe er den Wehrdienst abgeleistet, aus Angst um seine Zukunft und Rücksicht auf die Familie zuweilen geschwiegen, sich angepaßt und damit die Diktatur gestützt. Der endgültige Bruch habe bei ihm mit dem Tod seines Freundes Matthias Domaschk in der Stasi-Untersuchungshaft 1981 eingesetzt. Jahns anschließend offensives Aufbegehren gegen das System habe nicht nur ihn in Haft gebracht, sondern auch den Vater das Lebenswerk, die Ehrenmitgliedschaft im Fußballclub, gekostet. Auch angesichts der Biographien anderer resümierte Jahn

für sich, daß jeder die individuelle Verantwortung dafür trage, wie und an welcher Stelle er sich mit einem Unrechtssystem einlasse. Die Auseinandersetzung und das Bekenntnis zur Biographie statt vielfacher Beschönigung und Rechtfertigung eigener Handlungsmuster seien notwendig, um zu begreifen, wie Diktatur funktioniert und warum sie so lange existieren konnte.

Daß es in jeder Diktatur neben den Herrschenden oftmals eine Opposition, auf jeden Fall aber eine breite Masse an Mitläufern gibt, wurde von den Teilnehmern des ersten Panels im Anschluß zum Ausgangspunkt ihrer Diskussion genommen. Schnell wurde jedoch klar, daß es nicht *den* Mitläufer gibt, sondern sich hinter dem Begriff eine sehr heterogene Gruppe von Menschen mit teils ganz unterschiedlichen Handlungsmotiven verbirgt. Einer vorangegangenen Kategorisierung in Täter, Oppositionelle und Mitläufer fügte der Schriftsteller *Marko Martin* (Berlin) die Kategorie derer hinzu, die das Bedürfnis haben, sowohl vom Staat als auch von der Opposition in Ruhe gelassen zu werden, und somit als eine Art unbeteiligte Zuschauer agieren. Die Politikwissenschaftlerin *Barbara Zehnppennig* (Passau) wies in ihren Ausführungen besonders auf die Totalität der beiden Systeme Nationalsozialismus und Sozialismus hin, die den Menschen nicht nur von außen, sondern auch von innen heraus für sich gewinnen wollen. Durch diese doppelte Einflußnahme sei es schwieriger, sich zu widersetzen, als in anderen Diktaturen. Der Psychologe *Stefan Trobisch-Lütge* (Berlin) brachte zudem das Verführungsmoment totalitärer Systeme ins Spiel, immer auch Teilnahme an der Macht zu versprechen. Er gab zu bedenken, daß sowohl im Nationalsozialismus als auch in der DDR Verführungsmechanismen zum Tragen kamen, die unter Umständen auch heute noch wirksam sein könnten. Der Historiker *Hendrik Thoss* (Chemnitz) merkte als Versäumnis in der Geschichte an, daß sich viele NS-Mitläufer in der jungen Bundesrepublik nicht mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen mußten und sich statt dessen neu etablieren konnten. Der Frage, ob man denn das Bekenntnis zur eigenen Vergangenheit unbedingt verlangen könne, begegnete Trobisch-Lütge mit dem Hinweis auf die hohen Risiken, denen man sich damit aussetze. Das Gefühl der eigenen Feigheit sei für viele Betroffene auf



Jeder Stuhl ist besetzt – auch am 6. Hohenschönhausen-Forum herrschte ungebrochenes Interesse.

Dauer jedoch unerträglich. Das von Martin ins Gespräch gebrachte „Umlegen des Relais“, den schnellen Übergang in ein neues System nicht nur nach 1945, sondern auch nach dem Ende der DDR, begründete Trobisch-Lütge mit der Fähigkeit vieler Menschen, sich relativ problemlos an neue Machtstrukturen anzupassen und sich eigene Handlungsweisen schönzureden.

Das zweite Panel beschäftigte sich dann mit der Frage, wie Diktaturen mit Hilfe institutioneller Apparate ihre Politik durchsetzen können und ihre Verbrechen exekutieren lassen. Die Verwaltungshistorikerin *Sabine Mecking* (Gelsenkirchen) resümierte in ihrem Eingangsvortrag, daß sich beispielsweise die Finanzverwaltung dem nationalsozialistischen System sehr schnell angeboten habe. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten sei es zu keinem erwähnenswerten Austausch des Behördenpersonals gekommen, statt dessen habe man sich ohne erkennbaren Widerstand in den Dienst der NSDAP gestellt. Als Gründe nannte Mecking neben gewöhnlichem Opportunismus und Machtdenken auch Kategorien wie Faszination und Angst, und sie erwähnte die Dienstpflicht der Finanzbeamten, die auch nach 1933 mit der gleichen bürokratischen Routine wie zuvor gearbeitet hätten. Der Jurist *Christoph Safferling* (Marburg) führte aus, daß sich nach 1933 auch die Gleichschaltung der Justiz und die damit einhergehende Arisierung des Personals vergleichsweise schnell vollzogen habe; jedoch seien im Rechtswesen gleichzeitig Parallelstrukturen etabliert worden, die dem Mißtrauen Hitlers gegenüber der Justiz entsprungen seien und besonders für junge Absolventen als Sprungbrett für eine rasche Karriere gedient hätten. Während es im Nationalsozialismus nachweislich von Vorteil für die Karriere gewesen sei, der Partei beizutreten und „vorauselenden Gehorsam“ zu leisten, habe ein passiver Widerstand zwar das Ende der Karriereleiter, jedoch keinerlei Gefahr für Leben und Familie des Juristen bedeutet. Keiner der NS-Richter habe aber bisher offen über seine Vergangenheit gesprochen.

Beeindruckend war das anschließende Bekenntnis *Rudi Beckerts* (Berlin), zwischen 1956 und 1990 Richter beim Obersten Gericht der DDR, der sich heute rückblickend als Opportunist bezeichnet, der in der DDR Karriere machen wollte und in seiner Tätigkeit davon überzeugt gewesen sei, Recht und Staat zu dienen. Reflektiert stellte Beckert seine Bemühungen dar, die eigene Vergangenheit nach dem Ende der DDR aufzuarbeiten. Er resümierte für sich im nachhinein, daß die DDR zumindest in Be-

zug auf politisch motivierte Urteile eindeutig ein Unrechtsstaat gewesen sei. Der Politologe *Jochen Staadt* (Berlin) stellte dann noch einmal deutlich heraus, daß es keinen Prototypen des Mitläufers gebe. Seiner Meinung nach konnten sowohl Nationalsozialismus als auch DDR nur existieren, weil sich aus verschiedenen Gründen genügend Menschen fanden, die mitmachten. Dabei, so hob er hervor, sei die Zustimmung der Bevölkerung zur DDR jedoch deutlich gerin-

sie „Hofdichter“ habe, die sie „besingen“. Dem ästhetischen Werteverlust gehe dabei immer ein humaner Werteverlust voran. Frauendorfer warnte davor, zu viel in die Intellektuellen hineinzuproizieren, denn viele Schriftsteller seien im nachhinein nicht aufgrund ihrer künstlerischen Leistung so hochgelobt worden, sondern nur, weil sie Dissidenten gewesen seien. Der künstlerische Direktor der Deutschen Kinemathek Berlin, *Rainer Rother*, wies dann auf die



Über die Anpassung der Intellektuellen im Gespräch: Irina Scherbakowa und Moderator Norbert Seitz.

ger gewesen als zum Nationalsozialismus. Die DDR konnte seines Erachtens nur existieren, weil sie unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht stand.

Das letzte Panel befaßte sich mit der Rolle der Intellektuellen in Diktaturen und richtete den Fokus besonders auf die Motive, die Schriftsteller und Schauspieler dazu antreiben, sich anzupassen. Der Rundfunkjournalist und Schriftsteller *Karl Corino* (Tübingen) skizzierte eingangs die Rolle des Staatskünstlers in der DDR am Beispiel Hermann Kants, um zu zeigen, welche Karriere die SED demjenigen ermöglichte, der mit ihr kollaborierte. Er warnte jedoch davor, die Rolle der Intellektuellen zu überschätzen und wies darauf hin, daß sich die Mechanismen in Diktaturen stark gleichen und so „die Braven“ stets belohnt würden. Im Anschluß verdeutlichte der rumäniendeutsche Schriftsteller und stellvertretende Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, *Helmuth Frauendorfer* (Berlin), am Beispiel Johannes R. Bechers, wie sich ein seiner Meinung nach anfangs exzellenter Expressionist durch die Anpassung an die Macht zu einem schlechten Schriftsteller, dessen Sätze austauschbar geworden seien, wandeln konnte. Es sei ein Kennzeichen jeder Diktatur, daß

unterschiedlichen Systemumstände im Nationalsozialismus und in der DDR hin und lobte die hohe Qualität von DDR-Schauspielern, die nach ihrem Weggang aus der DDR eine deutliche Bereicherung für den westdeutschen Film gewesen seien. Besonders in Hinblick auf Schauspieler im Nationalsozialismus warnte er vor Bagatelisierungen, die Anpassung allein mit der Natur des Schauspielers, spielen zu wollen, zu entschuldigen.

Irina Scherbakowa (Moskau) berichtete im Anschluß darüber, wie sich die Rolle von Kunst und Literatur in Rußland nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems verändert habe. Scherbakowa konstatierte den Verlust einer moralischen Autorität im heutigen Rußland und stellte mit Sorge das Erstarken einer Gruppe von Künstlern fest, die die heutigen Machthaber stütze. Nichtkonformes Verhalten und Aufbegehren gegen die Macht werde, wie das Beispiel der Punkgruppe Pussy Riot erst jüngst wieder verdeutlicht habe, nach wie vor mit erschreckenden Urteilen geahndet. Trotzdem sei sie der Ansicht, daß man seine Meinung offen sagen müsse, um heute noch anständig in Rußland zu leben.

Suchanzeigen

Zeitzeugenaufruf

Am 15. Januar 1990 sammelten sich Demonstranten vor der Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Als sich das Tor in der Ruschestraße öffnete, stürmten die aufgebrachten Bürger auf das Gelände. Wir suchen Zeitzeugen, die bereit sind, ihre Geschichte zu schildern, bzw. ihre Fotos, Videos oder andere Zeitdokumente zur Verfügung zu stellen.

Waren Sie vor Ort in Berlin-Lichtenberg? Was war Ihre Motivation? Wie haben Sie die Situation auf dem Gelände des Ministeriums der Staatssicherheit erlebt? Wie waren Ihre Eindrücke? Wie hat sich Ihr Bild von der Staatssicherheit in dieser Zeit verändert?

Darüber hinaus werden Zeitzeugen gesucht, die bereits vorher oder in den folgenden Wochen und Monaten an der Auflösung der DDR-Geheimpolizei beteiligt waren bzw. sich für die Sicherung und Öffnung der Stasi-Akten eingesetzt haben, in Bürgerkomitees, im Auflö-

sungskomitee, in der Volkskammer, bei Demonstrationen, Streiks oder Mahnwachen oder bei der Besetzung des Stasi-Archivs im September 1990.

Ihre Erinnerungen möchten wir anlässlich des 25. Jahrestages der Besetzung der Berliner Stasi-Zentrale im Januar 2015 dokumentieren. Ihre Berichte werden zudem im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft dauerhaft aufbewahrt und öffentlich zugänglich gemacht.

Bitte melden Sie sich. Schreiben Sie mit dem Betreff „Zeitzeugenaufruf“ unter info@havemann-gesellschaft.de oder per Post unter Robert-Havemann-Gesellschaft, Kennwort „Zeitzeugenaufruf“, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin

Wer erinnert sich?

Für die Enkelkinder des Kameraden **Alfred Pittroff**, geb. 1908, Eisenbahner, suche ich Informationen und Hinweise. Er wurde als Parteimitglied NSDAP 1945 verhaftet, war bis 1950 im NKWD KZ Buchenwald interniert.

1950 wurde er nach Moskau gebracht, am 28.6.1950 in Moskau zu 25(?) Jahren ITL verurteilt und danach nach Workuta verschleppt.

In Workuta soll er bis 1953 im Schacht gearbeitet haben. Mitte 1953 (Mai) Transport nach Tapiau ins Durchgangslager, am 28./29. wurde er über Fürstenwalde entlassen.

Die Enkelkinder sind auf Spurensuche. Wir sind für jeden Hinweis dankbar. Antworten bitte an Prof. Werner Sperling, Platanenweg 25, 58239 Schwerte, E-Mail sperling32@web.de

„der stacheldraht“ 2009–2013

Ich habe alle Stacheldraht-Ausgaben von 2009 bis 2013 gesammelt und möchte diese an Interessierte verschenken. Unfrei per Post würde ich demjenigen, der die Hefte gern hätte, diese zusenden.

Luitgard Künneth, Tübinger Str. 11, 72147 Nehren, Tel. (074 73) 27 12 75, E-Mail lu.kuenneth@gmx.de

Erinnerung

(fk) An alle, die noch im Jahr 2014 die Wanderausstellung „Bulgarien 1944-1989. Verbotene Wahrheit“ (ausführl. dazu Ausg. 3/13, S. 12) kostenlos ausleihen wollen, die Bitte, sich bei der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus, Fanna Kolarova, Tel. (030) 283 43 27, zu melden.

Die Ausstellung wurde bereits in mehreren Städten Bulgariens und Deutschlands gezeigt. Sie war vom 26. bis 31. Januar 2014 im EU-Parlament in Brüssel zu sehen. Im Jahr 2014 gibt es vier runde Gedenktage auch für Bulgarien von Ereignissen in den Jahren 1914, 1919, 1944 und 1989, für die die Ausstellung ein passendes Grundwissen vermittelt. www.bulgaria1944-1989.eu

Betroffene gesucht

Für ein Medienprojekt suche ich Diktaturbetroffene – Opfer von Haft, Zersetzung, Gewalt, beruflicher Benachteiligung usw. –, die bereit sind, über ihr Leben zu erzählen. Ich bin Publizist. Bitte melden Sie sich unter meinen Kontaktdaten. Ich werde mich mit Ihnen in Verbindung setzen.

Jörg Plath, PF 10 11 84, 18002 Rostock, E-Mail directlytome@live.com

Stille Nacht auf koreanisch



Foto: Kerstin Kuzia

Weihnachtsfeier der UOKG für ehemalige Heimkinder am 12. Dezember 2013. Spontan gesellte sich eine Delegation südkoreanischer Menschenrechtler dazu, die beim Dachverband der SED-Opfer zu Gast war, und trug das Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“ in koreanischer Sprache vor.

Neu erschienen

(cs) Der Tagungsband „Defizite bei Rehabilitation und Entschädigung von SBZ/DDR-Opfern – Wie können sie beseitigt werden?“ mit Beiträgen des UOKG-Kongresses im Oktober 2013 ist erschienen. Der Druck der Broschüre wurde durch Fördermittel der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ermöglicht.

Der Tagungsband kann kostenlos über die UOKG-Geschäftsstelle bezogen werden:

UOKG e.V., Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 93 51, Fax (030) 55 77 93 40, E-Mail info@uokg.de

Ergänzung

(uokg) Auf der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstands der UOKG, der am 30.11.2013 gewählt worden war, wurde Michael M. Schulz kooptiert.

Veranstaltungen

18.2. (Di), 19.00 Uhr:

„Kriegsverbrechen in Sachsen“. Autor u. ehem. Richter Dr. Theodor Seidel stellt die 3. erw. Ausgabe seines Buches vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

20.2. (Do), 19.00 Uhr:

Brennpunkt Chemie. Wirtschaft, Umwelt und Stasi im Bezirk Halle. Vortrag u. Gespräch mit Mark Schiefer u. Martin Stief, wiss. Mitarbeiter BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Ständehaus Merseburg, Oberaltenburg 2, 06217 Merseburg

20.2. (Do), 19.00 Uhr:

Die Todesmärsche im Spiegel der Stasi-Unterlagen. Aus der Reihe „Forschung aktuell – Ergebnisse aus Stasi-Akten“, Ref. Martin Clemens Winter, Uni Leipzig; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Ditt- richring 24, 04109 Leipzig

20.2. (Do), 19.30 Uhr:

Wiedergutmachung und nachhaltige Würdigung der Verfolgten der SED-Diktatur und der Sowjetischen Besatzungsmacht. Vortrag u. Podiumsdiskussion mit Ulrike Poppe, LAKD, u. d. Mitglieder der Enquete-Kommission d. Brandenburger Landtages Susanne Melior (SPD), Axel Vogel (Bü 90/Grüne), Dieter Dombrowski (CDU), Peer Jürgens (Die Linke), Linda Teuteberg (FDP), Mod. Gisela Rüdiger u. Claus-Peter Ladner (Fördergemeinschaft Lindenstraße 54); Veranstaltung d. Fördergemeinschaft Lindenstraße 54; Ort: Fördergemeinschaft Lindenstraße 54, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

24./25.2. (Mo/Di):

SED-Verfolgte und das Menschenrecht auf Gesundheit. Die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden sowie psychosoziale, therapeutische und seelsorgerische Perspektiven; Fachtagung der LStU Sachsen-Anhalt u.a.; nähere Informationen unter LStU Sachsen-Anhalt, Klewitzstr. 4, 39112 Magdeburg, Tel. (03 91) 567 50 51, E-Mail Lstu@justiz.sachsen-anhalt.de

25.2. (Di), 19.00 Uhr:

„Der DDR-Militärstrafvollzug und die Disziplinareinheit in Schwedt (1968–1990)“. Buchvorstellung u. Lesung mit Dr. Marie Anne Subklew u. Ilja Hübner; Veranstaltung d. DIZ Torgau u.a.; Ort: DIZ Torgau, Schloß Hartenfels, Schloßstr. 27, 04860 Torgau

26.2. (Mi), 19.00 Uhr:

Abschied von den imperialen Prinzipien der Sowjetunion. Glasnost, Perestroika und Aufbruch im Baltikum (in der Reihe „Vor 25 Jahren. Friedliche Revolution und Ende des Kalten Krieges“); mit Prof. Dr. Alexander Vatlin, Historiker Moskau, Prof. Dr. Karsten Brüggemann, Historiker Tallinn, Dr. Jan Foitzik, Historiker Berlin, Wolfgang Templin,

Mit wachem Geist, Mut und Willenskraft

Nachruf auf Manfred Fischer

Am 6. Dezember 2013 ist Pfarrer i.R. Manfred Fischer, geb. am 7.2.1948, verstorben. Der Förderverein der Gedenkstätte Berliner Mauer und die Stiftung Berliner Mauer trauern um ihren Spiritus Rector. Manfred Fischer hat maßgeblich dazu beigetragen, daß unsere Stadt und unser Land zu einem angemessenen Umgang mit der Berliner Mauer gefunden haben. Die Gedenkstätte an der Bernauer Straße mit der Kapelle der Versöhnung ist Teil seines Lebenswerkes. Für alle, die sich bemüht haben, die Erinnerung an die Teilung unserer Stadt und die befreiende Botschaft des Mauerfalls wachzuhalten, war Pfarrer Fischer Inspirator, Fixpunkt sowie intellektueller und kreativer Ratgeber.

Schon zu Zeiten der Teilung der Stadt hatte Fischer in Predigten und Andachten an der Mauer in der Bernauer Straße gegen die Beton gewordene Menschenrechtsverletzung protestiert. Seit Januar 1990 betrieb er federführend und mit nimmermüdem Engagement die politische Durchsetzung und Errichtung einer Gedenkstätte in der Bernauer Straße. Hartnäckig und gegen alle Widerstände setzte er den Neubau der Kapelle der Versöh-

nung auf den Fundamenten der 1985 von den Grenztruppen der DDR gesprengten Versöhnungskirche durch. Seine Überzeugungsstärke und heitere Lebendigkeit wirkten ebenso ansteckend wie seine sprühende Intellektualität, seine Phantasie, sein Mut, seine Bescheidenheit und seine geistvolle Hartnäckigkeit. Mit warmherziger Zugewandtheit gewann er Menschen; er war ein Bürger von großer geistiger Eigenständigkeit und kritischer Gemeinwohlorientierung. Sein bürgerschaftliches Engagement wirkt für unsere demokratische Gesellschaft stilbildend und macht deutlich, was ein einzelner bewirken kann.

Manfred Fischer war von 1977 bis 2013 Pfarrer der Evangelischen Versöhnungsgemeinde in Berlin. Im Jahre 2007 würdigte ihn das Land Berlin für seinen Einsatz für die Gedenkstätte Berliner Mauer mit dem Verdienstorden des Landes. Im Februar 2013 erhielt er das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland.

Stiftung Berliner Mauer und Förderverein Gedenkstätte Berliner Mauer e.V.

Leserbrief

„Die Zukunftsperspektive heißt Rot-Rot-Grün“

So sagt es uns die neue Juso-Vorsitzende Johanna Ueckermann im Interview mit Karl Doemens in der Berliner Zeitung vom 2. Januar 2014. An dieser Stelle hätte ich mir ein kritisches Hinterfragen durch den Interview-Partner gewünscht. Wenn von der SPD bis zu ihrem Leipziger Parteitag im November 2013 eine Koalition mit den Linken auf Bundesebene konsequent ausgeschlossen worden ist, so gab es dafür doch gute Gründe, und es geschah nicht aus einer Laune heraus. Vielmehr hatte sich unter demokratisch gesinnten Bürgern und Parteien die Erkenntnis durchgesetzt, daß Kommunismus und Demokratie nicht miteinander vereinbar sind. Hat die SPD die Lehren aus der Zwangsvereinigung von 1946 ganz vergessen? In der sowjetisch besetzten Zone und späteren DDR sind mehrere tausend ehemalige SPD-

Mitglieder zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Manche von ihnen waren Opfer beider Diktaturen. Hat sich die Partei SED/PDS/Die Linke dafür jemals in einer angemessenen Weise entschuldigt? Man kann ja das Wort Kommunismus zeitweilig in den Hintergrund stellen und sich demokratisch geben. Man kann es aber jederzeit wieder hervorholen, wie das vor drei Jahren die damalige Linken-Vorsitzende Sabine Löttsch sehr deutlich getan hat.

Dr. Heinz Steudel, Berlin

(Der Leserbrief wurde am 3.1.2014 an die Berliner Zeitung geschickt, ist dort aber nicht erschienen. Eine Kopie ist Frau Ueckermann zugestellt worden. Bis Redaktionsschluß lag eine Reaktion ihrerseits nicht vor.)



Flucht-Berichte



Wolfgang Wietzker (Hg.): *Flucht aus der DDR-Diktatur. 101 Zeitzeugenberichte*, Helios Verlag, Aachen 2013, 446 S., 24,50 €

(VT) Seit den frühen 50er Jahren bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 haben fast vier Millionen Menschen der DDR den Rücken gekehrt. Es war für sie unerträglich, in vielfacher Hinsicht bevormundet zu werden. Sie wollten selbstbestimmt und frei leben können.

Die Regierenden konnten der Flucht aus der DDR nur Einhalt gebieten, indem sie das Staatsgebiet mit einem Todesstreifen, der fast unüberwindbar war, abriegelten.

Die Sehnsucht nach Selbstbestimmung und Freiheit war stärker als alle staatlichen Abriegelungsmaßnahmen. Bis zum Ende der DDR haben Menschen versucht, die innerdeutsche Grenze zu überwinden. Viele haben ihr Leben verloren, vielen ist die Flucht gelungen, noch mehr verbrachten nach mißlungener Flucht Jahre in Zuchthäusern.

Zeitzeugen berichten, wie es ihnen in der DDR ergangen ist, warum es für sie unerträglich wurde, in diesem Unrechtsstaat zu leben, wie ihre Flucht verlaufen ist und wie sie in der Bundesrepublik aufgenommen wurden.

Erfahrungen eines Stasi-Häftlings

(wiki.-st) Dietrich Koch (geb. 1937) arbeitete nach seinem Physikstudium an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1955–1962) als theoretischer Physiker an der Deutschen Akademie der Wissenschaften. 1968 protestierte er gegen die Sprengung der Leipziger Paulinerkirche. Er wurde festgenommen und von der Akademie fristlos entlassen. Kurz darauf konstruierte er gemeinsam mit seinem Bruder, Eckhard Koch, einen Auslösemechanismus, der während der Abschlusveranstaltung des Internationalen Bachwettbewerbs in der Leipziger Kongreßhalle ein Plakat mit der Forderung nach dem Wiederaufbau der Paulinerkirche entrollte.

Erst zwei Jahre später – nach Denunziation eines Stasi-IMs – gelang es dem MfS, die Täter festzustellen und Koch zu verhaften. Er wurde als einziger für die Tat verurteilt. Bereits 1969 hatte ihm Carl Friedrich von Weizsäcker seine Unterstützung zur legalen Ausreise sowie eine Tätigkeit an seinem Institut angeboten. Aufgrund dieser Kontakte wurde Koch zusätzlich wegen staatsfeindlicher Verbindungsauf-

nahme, staatsfeindlicher Gruppenbildung, Vorbereitung zur Republikflucht und staatsfeindlicher Hetze angeklagt und zu zweieinhalbjähriger Haftstrafe sowie anschließender unbegrenzter Einweisung in die Psychiatrie verurteilt. Gerichtsurteil und Gutachten wurden später von der sächsischen Untersuchungskommission als politischer Psychiatriemißbrauch anerkannt. 1972 wurde er in die Bundesrepublik abgeschoben, wo er Philosophie studierte und promovierte.

Dietrich Koch hat in dem dreibändigen Werk „Das Verhör“, davon ein Band mit Verhörprotokollen, einen ausführlichen Haftbericht veröffentlicht. In seinem neuen Buch geht er auf den bereits 40 Jahre währenden Konflikt mit Stefan Welzk ein. An ihm wird deutlich, wie die Staatssicherheit noch lange nach den eigentlichen Geschehnissen einwirkte, um die einstigen Leipziger Freunde zu spalten, zu zersetzen und schließlich zu gegenseitigen Feinden zu machen. Ausführlich besprochen hat das Buch Dr. Wolfgang Meyer auf <http://f3.webmart.de/fcfm?id=2165073&r=threadview&t=3322586&pg=2> oder unter www.flucht-undausreise.de, dort im Diskussionsforum.

Dietrich Koch: *Kritik an Stefan Welzk: Leipzig 1968 aus der Erfahrung eines Stasihäftlings*, Verlag Christoph Hille, Dresden 2013, 158 S., 9,80 €

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Veranstaltungen

Philosoph Berlin, Dr. Jörg Morré, Historiker u. Direktor d. Museums Karlshorst; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Zwieseler Str. 4, Berlin-Karlshorst

27.2. (Do), 18.00 Uhr: **Das DDR-Wirtschaftsimperium des Schalck-Goldkowskii.** Mythos und Realität. Lesung u. Gespräch mit Dr. Matthias Judt, Historiker, Zentrum f. Zeithistorische Forschung Potsdam; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

27.2. (Do), 18.00 Uhr: **Lettisch-jüdisches Leben in zwei Diktaturen.** Rosa von Praunheim im Gespräch mit Valentina Freimane, Zeitzeugengespräch; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

27.2. (Do), 18.00 Uhr: **„Udo rockt den Weltfrieden“.** Vortrag v. Jörg Stoye, Leiter d. BStU Außenstelle Magdeburg, anlässlich d. Eröffnung d. Ausstellung „Sanfte Töne, starke Worte – Kritische Liedermacher in der DDR“; Veranstaltung d. Dokumentationszentrums d. Bürgerkomitees Sachsen Anhalt; Ort: Umfassungstr. 76, 39124 Magdeburg

4.3. (Di), 19.00 Uhr: **„Der Weg aus der Ordnung“.** Regisseur Heiner Sylvester präsentiert seinen DDR-Untergrundfilm (1983) in Anwesenheit der Protagonisten Jürgen K. Hultenreich u. Bernd Wagner; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

4.3. (Di), 19.00 Uhr: **„Ziel: Umerziehung“.** Zur Geschichte repressiver Heimerziehung in der DDR. Vortrag mit Juliane Thieme, Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, und Ausstellungseröffnung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Volkshochschule Stralsund des Landkreises Vorpommern-Rügen, Friedrich-Engels-Str. 28, 18437 Stralsund

5.3. (Mi), 17.00 Uhr: **Unsichtbare Wunden.** Gesundheitliche Spätfolgen politischer Repression in der DDR. Fachseminar d. AHG Kompetenzzentrums für Seelische Gesundheit Berlin mit Dr. med Holger Schünemann, Heike Eichenmüller, Dr. Karl-Heinz Bomberg, Dr. Christian Sachse, Mario Röllig, Kerstin Kuzia; Ort: AHG Kompetenzzentrum für Seelische Gesundheit in Berlin, Ambulante psychosomatische Rehabilitation, Möllendorffstr. 48, 10367 Berlin



6.3. (Do), 18.00 Uhr:

Frauenrechte sind Menschenrechte. Podiumsgespräch der Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

14.3. (Fr), 16.00 Uhr:

„Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989“. Buchvorstellung mit Autor Dr. Jan Philipp Wölbern im Rahmen der Reihe „Leipzig liest“; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a.; Ort: Museum In der Runden Ecke, ehem. Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

14.3. (Fr), 18.00 Uhr:

„Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben“. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz, vorgestellt v. Autorin Dr. Renate Hürtgen, in Anwesenheit d. BStU, Roland Jahn; im Rahmen der Reihe „Leipzig liest“ Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

14.3. (Fr), 19.00 Uhr:

„Knastware für den Klassenfeind“. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989). Buchvorstellung mit Autor Tobias Wunschik, wiss. Mitarbeiter BStU, in Anwesenheit d. BStU, Roland Jahn; im Rahmen der Reihe „Leipzig liest“ Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.3. (Mo), 18.00 Uhr:

„Die Mühen der Ebenen. Brecht und die DDR“. Buchvorstellung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

18.3. (Di), 19.00 Uhr:

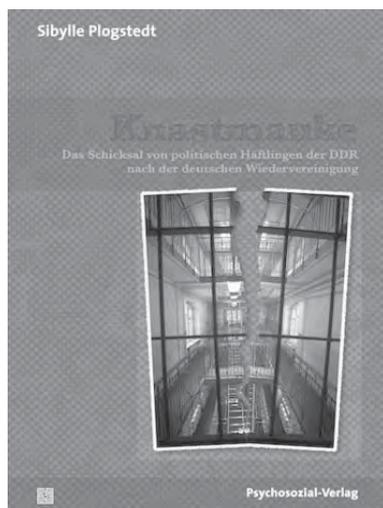
Die strafrechtliche Aufarbeitung der Mißhandlung von Gefangenen in den Haftanstalten der DDR. Jurist Dr. Micha Christopher Pfarr stellt seine Untersuchungsergebnisse vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

23.3. (So), 16.00 Uhr:

Nie genug vom Wahlbetrug. Zeitzeugencafé mit Evelyn Zupke u. Michael Heinisch (angefr.); Anmeldung bitte bis 21.3.: info@stiftung-berliner-mauer.de, Tel. (030) 467 98 66 23; 5,- Euro pro Person (inkl. Kaffee u. Kuchen); Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Hotel Grenzfall, Ackerstr. 135, 13355 Berlin (direkt hinter dem Dokumentationszentrum)

„Knastmauke“

(VT)Die Studie von Sibylle Plogstedt zur Situation ehemaliger politischer Häftlinge nach der Wiedervereinigung ist schnell zum Standardwerk geworden. Fast die Hälfte der ehemaligen Häftlinge muß mit weniger als 1000 Euro im Monat auskommen, Frauen sogar mit noch weniger. Etwa 13 Prozent beziehen Hartz IV, sie sind belastet durch psychische Traumata bis hin zu Suizidversuchen. Dies belegt die Studie an 802 ehemaligen Häftlingen. Das Ergebnis der friedlichen Revolution hatten sich die Vorkämpfer der Deutschen Einheit anders vorgestellt. Nach 1989 fehlten ihnen die Kraft und die Möglichkeit, ihre Vorstellungen und Wünsche umzusetzen.



Das Fazit der Autorin: Die heutige Armut der Häftlinge ist eine Traumafolge.

Dankenswerterweise hat der Psychosozial-Verlag das Buch jetzt für die Leipziger Messe im März noch einmal in einer Studienausgabe als Paperback neu aufgelegt. Damit wird es nun auch für die Protagonisten erschwinglich.

.....
Sibylle Plogstedt: *Knastmauke. Das Schicksal von politischen Häftlingen der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung*, Psychosozial-Verlag, März 2014, 472 S., 19,90 €

.....
Buchtip

„Entrissen“

(st)Anfang Februar dieses Jahres ist das bereits im Hardcover sehr erfolgreiche Buch „Entrissen – Der Tag, als die DDR mir meine Mutter nahm“ von Katrin Behr/Peter Hartl nun in aktualisierter Ausgabe als Taschenbuch im Knauer-Verlag erschienen. Es handelt von Zwangsadoption in der DDR, wurde bereits ins Niederländische, Polnische und Dänische übersetzt und kostet 8,99 Euro.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Februar Geburtstag haben

Erna Müller, Hubert Polus am 2. Februar, Josef Seemann am 3. Februar, Heinrich Labuhn am 7. Februar, Kasimir Tomaske am 9. Februar, Horst Epp am 10. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Viktor Gorynia am 18. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar, Helmut Schneider am 24. Februar, Martina Jacobi am 27. Februar, Hans Schwenke am 28. Februar.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Günter Antrack, Kathrin Arnold, Ernst-Adolf Auert, Albrecht Beil, Erna Carbow, Prof. Dr. Heinz Decker, Erwin Donner, ➤

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1
10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr, 14-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH,
in enger Zusammenarbeit mit der Berliner
Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),
Do 11-16 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39
E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1
10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 9–18 Uhr, Mi u. Do 10–16 Uhr

Heidi Kulik
Di u. Do 8–15 Uhr, Mi 9–17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kurt Eifler, Manuela Eickenroth, Margita Eikenberg, Helmut Felbrich, Eckhard Fichtmüller, Bernd Freudenhagen, Hans-Dieter Fritsch, Olaf Gehrke, Margarete Geißer, John Gerstner, Siegfried Grundig, Horst u. Regina Gutmann, Hans Joachim Gutschmidt, Konstanze Helber, Dieter Henning, Werner Henning, Horst Willi Hermann, Jürgen Heß, Dr. Gerda Hirth, Günther Hölzer, Käthe Jahn, Sigrid Jank, Gerhard Jost, Heiner Kausch, Friedrich Klausch, Brigitte Krause, Michael Kunath, Franz Kurzidim, Erich Lienhart, Dr. Bernd Matern, Fritz Mathei, Manfred Mauer, Rudolf Miekley, Renate Moczigemba, Barbara Müller, Irmgard Müller, Reinhard Nedlitz, Lothar Otter, Detlev Putzar, Eike Christine Radewahn, Marieliese Radtke, Norbert Schachnowski, Ingrid Schnalke, Dr. Walter Schöbe, Renate u. Lothar Scholz, Fritz Schüler, Dietrich u. Ruth Schulz, W. u. R. Schulz, Detlef Sens, Günter Sickora, Hans Sohn, Kurt Stephan, Gotthilf Sternberg, Dieter u. Käthe Svoboda, Roland Ullmann, Margret Wegener, Walter Weller, Jürgen Wendler, Peter Wiesenbauer

Stacheldraht-Konto:

BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01
BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC DEUT DE DB110

Verwendungszweck
„Stacheldraht-Spende“

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 28. Januar 2014

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 9–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup
Sprechzeiten: Mo–Fr 16–18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

